

3. Sitzung

Dienstag, den 10.11.2009

Erfurt, Plenarsaal

Solidarität mit den Beschäftigten von Opel Eisenach und den Zulieferern

36

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/54 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/62 -

dazu: Entschließungsantrag der
Fraktionen der CDU und SPD

- Drucksache 5/56 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/63 -

dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion der FDP

- Drucksache 5/65 -

Minister Machnig erstattet einen Sofortbericht zu Nummer 2 des Antrags der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 5/54 -. Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt.

Die Beratung des Sofortberichts wird im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit gemäß § 106 Abs. 1 i.V.m. § 86 Abs. 2 Satz 3 GO fortgesetzt und einvernehmlich als Grundlage der weiteren Beratungen angesehen.

Die Nummern 1 und 3 des Antrags der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 5/54 - und damit auch der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 5/62 - werden an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit überwiesen.

Die beantragte Überweisung der Nummern 1 und 3 des Antrags der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 5/54 - an den Haushalts- und Finanzausschuss wird abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD - Drucksache 5/56 - und damit der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 5/63 - werden an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit überwiesen.

Die beantragte Überweisung des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU und der SPD - Drucksache 5/56 - an den Haushalts- und Finanzausschuss wird abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP - Drucksache 5/65 - wird an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit überwiesen.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Enders, Dr. Hartung, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Keller, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Sojka, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Koppe, Recknagel, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Carius, Prof. Dr. Huber, Machnig, Matschie, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Dr. Schöning, Taubert, Walsmann

Rednerliste:

Präsidentin Diezel	36, 37, 40, 45, 47, 49, 51, 52, 53, 55, 57
Barth (FDP)	36, 49
Bergemann (CDU)	52
Dohrt (SPD)	53
Günther (CDU)	47
Lemb (SPD)	45
Ramelow (DIE LINKE)	40
Siegesmund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51
Wolf (DIE LINKE)	55
Lieberknecht, Ministerpräsidentin	55
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	37

Die Sitzung wird um 16.03 Uhr von der Präsidentin eröffnet.

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen außerplanmäßigen Sitzung hier im Thüringer Landtag und ich eröffne diese Sitzung. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne, vor allen Dingen die Opelaner mit ihrem Betriebsratsvorsitzenden Herrn Lieske an der Spitze.

(Beifall im Hause)

Ich begrüße weiterhin die Vertreter der Medien.

Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf Antrag der Fraktion DIE LINKE einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in Drucksache 5/55 vor.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen der Abgeordnete Meyer. Die Rednerliste führt der Abgeordnete Metz. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Abgeordneter Kemmerich, Abgeordneter Kummer, Frau Abgeordnete Stange und Abgeordneter Althaus.

Hinweise zur Tagesordnung: Zu dem Tagesordnungspunkt wurde ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in Drucksache 5/56 und ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in Drucksache 5/65 verteilt. Weiterhin wurden Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/62 zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE und in der Drucksache 5/63 zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD verteilt. Gemäß § 64 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung sind die Anträge zu selbstständigen Vorlagen, die keinen Gesetzentwurf enthalten, nur mit Zustimmung der Antragsteller zulässig. Ich frage deshalb die Fraktion DIE LINKE: Erteilen Sie die Zustimmung zur Einbringung des Änderungsantrags in der Drucksache 5/62 zu Ihrem Antrag? Ja. Ich frage die Fraktionen der CDU und SPD: Erteilen Sie die Zustimmung zur Einbringung des Änderungsantrags in Drucksache 5/63 zu Ihrem Entschließungsantrag?

(Zuruf Abg. Mohring, CDU: Ja.)

Gibt es weitere Anträge zur Aufnahme? Das sehe ich nicht. Damit ist die Tagesordnung so bestätigt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt**

Solidarität mit den Beschäftigten von Opel Eisenach und den Zulieferern

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/54 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/62 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD

- Drucksache 5/56 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/63 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/65 -

Wünscht die Fraktion DIE LINKE das Wort zur Begründung ihres Antrags? Nein. Wünscht die Fraktion der FDP das Wort zur Begründung zum Entschließungsantrag? Ja. Bitte schön.

Ich bitte, die nonverbalen Zeichen im Parlament zu entfernen, so sehr die Sympathie auch da ist.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den Antrag schriftlich nicht begründet, deswegen möchte ich das an der Stelle ganz kurz mündlich tun. Wir haben eine Reihe von Anträgen heute vorliegen zum Thema, die sich im Wesentlichen mit den Beschäftigten von Opel solidarisch erklären und die das sicherlich etwas überraschende und merkwürdige Verhalten, um es vorsichtig zu formulieren, von GM in den letzten Wochen verurteilen. Das ist sicherlich alles richtig und notwendig. Das Problem, was aus unserer Sicht dabei besteht, ist, dass wir an dieser Stelle einfach mal zur Kenntnis nehmen müssen, dass Opel ein Bestandteil von GM ist und dass es passieren kann, dass GM mit diesem Bestandteil seines Konzerns eine Entscheidung trifft, die uns allen nicht gefallen wird. Das ist eine Möglichkeit, die wir in Betracht ziehen müssen. Deshalb fordern wir in unserem Entschließungsantrag die Landesregierung dazu auf, dass sie für diesen Fall, für diese Eventualität - ob wir sie uns wünschen oder nicht, wird, wie gesagt, möglicherweise bei der Entscheidung in Detroit keine Rolle spielen -, eine Vorsorge trifft und einen - ich will es mal so nennen - Plan B entwickelt. Denn Sie haben eine Verantwortung und Sie haben vor allem auch eine Zuständigkeit dafür, was in Eisenach passiert, wenn möglicherweise die Entscheidung in

Detroit anders fällt. Sie haben eine Verantwortung und Sie haben eine Zuständigkeit dafür, den Menschen und den Beschäftigten auch in diesem Fall in der Region eine Perspektive, eine Zukunft zu bieten. Deshalb fordern wir Sie mit unserem Antrag auf, eine strukturpolitische Bündelungsmaßnahme vorzubereiten für den Fall, dass die Entscheidung nicht so fällt, wie sich das die meisten oder alle Beteiligten in Eisenach und mit Blick auf den Standort Eisenach zunächst wünschen mögen. Nehmen Sie an dieser Stelle Ihre Verantwortung wahr, damit nicht genau das wieder passiert, was jetzt passiert ist: Man verlässt sich auf eine Option, die erweist sich als nicht tragfähig, die platzt plötzlich und dann stehen wir in wenigen Monaten vielleicht wieder hier. Die eine Option ist geplatzt und dann erklären wir uns wieder solidarisch. Das ist bestimmt wieder schön und dann auch richtig, aber nur bedingt hilfreich. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Barth. Wünscht die CDU- oder die SPD-Fraktion die Begründung zum Entschließungsantrag? Nein. Dann hat mir die Landesregierung signalisiert, dass ein Sofortbericht zu Nummer 2 vorgetragen wird. Ich bitte jetzt Herrn Minister Machnig, den Sofortbericht zu geben.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich beginnen mit einem Dank, mit einem Dank an das Parlament, mit einem Dank an alle Fraktionen, dass heute diese Sondersitzung hier zum Thema Opel stattfindet. Ich glaube, das ist ein richtiger Zeitpunkt, das ist ein richtiges Signal, es ist ein richtiges Symbol. Ich will mich in dem Kontext auch - auch wenn ich mich mit den Anträgen gleich differenziert auseinandersetzen werde - für alle Anträge, die heute zum Thema Opel hier vorliegen, bedanken, weil sie eines klarmachen, sie machen die Bedeutung des Themas klar, sie machen die Bedeutung klar, die Opel für die Thüringer Wirtschaft, für die Region Eisenach, für die Beschäftigten, für die Zulieferindustrie und für die Struktur unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren hat. Ich glaube, von daher ist es angemessen, dass wir auch unter Beobachtung oder unter Teilnahme der Kolleginnen und Kollegen von Opel heute hier eine intensive Debatte führen.

Ich glaube, an diese Debatte sind zwei Erwartungen geknüpft: Die eine Erwartung ist, dass wir hier ein klares Signal der Solidarität mit den Beschäftigten in Eisenach geben, aber, ich sage, auch mit allen Stand-

orten, denn es geht um Eisenach, aber es geht auch um Beschäftigung an anderen Standorten, es geht darum, dass Opel insgesamt eine sichere und gute Zukunft hat. Die zweite Erwartung, glaube ich, an diese Debatte ist, dass wir hier im Parlament alle miteinander klarmachen, dass wir als Parlament, als einzelne Fraktion, als Landesregierung, als einzelne Abgeordnete heute vor allen Dingen ein Signal setzen der politischen Unterstützung und auch der Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen hier. Das ist eine der zentralen Botschaften, die wir heute von dieser Debatte aussenden müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Danke schön.

Deswegen auch das Angebot von mir und - das kann ich sagen - das Angebot der gesamten Landesregierung, mit allen Fraktionen hier im Hause zusammenzuarbeiten, weil wir unsere Verantwortung als Landesregierung haben. Aber ich sage genauso klar, jede einzelne Fraktion, jeder einzelne Abgeordnete hat hier seine Verantwortung, weil es um eine der zentralen strukturpolitischen Fragen in diesem Land geht. Meine Bitte: Kommen Sie auf dieses Angebot zurück, lassen Sie uns intensiv beraten, lassen Sie uns in den Ausschüssen beraten. Gehen Sie auf mein Haus zu; da, wo wir helfen können, da, wo Sie Informationen brauchen, wollen wir das tun, weil ich glaube, wir müssen hier einen gemeinsamen Weg finden und auch gemeinsam politische Antworten formulieren.

(Beifall SPD)

Ich glaube, dass die Opelaner und die Menschen in der Region von uns eines erwarten, dass wir keinen vordergründigen politischen Streit austauschen, sondern dass wir alle im Interesse des Standorts hier zusammenarbeiten. Von daher, glaube ich, ist das gelbe T-Shirt ein gutes Symbol. Es muss das Signal ausgehen, nicht nur die Kolleginnen und Kollegen sind Opel, sondern auch wir, das Parlament, sind Opel und darum bitte ich um Unterstützung.

(Beifall CDU, SPD)

Ich weiß, das ist nicht leicht, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben seit einem Jahr eine Debatte über Opel. Vor einem Jahr wurden die ersten Mittel beantragt und es wurden viele Verhandlungen und Gespräche geführt. Es sind finanzielle Hilfen zugesagt worden, weil alle eines erkannt haben: Ordnungspolitische Grundsatzdebatten helfen uns nicht weiter, sondern wir brauchen konkrete Antworten. Daran sollten sich auch in der jetzigen Phase, wenn wir über die Zukunft von Opel reden, alle erinnern. Deswegen, weil das alles so gelaufen ist, weil wir ein Jahr

intensiv verhandelt haben, weil es vonseiten der Bundesregierung, der jeweiligen Landesregierungen intensive Gespräche gegeben hat, will ich klar sagen: Diese Entscheidung des Verwaltungsrats von Opel war nicht nur überraschend, sie war nicht nur unverständlich, ich sage auch ganz klar, sie ist aus meiner Sicht unverantwortlich.

(Beifall im Hause)

Sie ist unverantwortlich, weil sie weder mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit der Geschäftsleitung oder mit der Politik abgesprochen worden ist. Einer, der sich sehr gut auskennt mit Opel, nämlich der frühere Chef von GM Europa und verantwortlich auch bei Opel, hat das wie folgt kommentiert - ich will aus dem „Handelsblatt“ dieser Tage zitieren, er hat Folgendes gesagt: „So ein plötzlicher Schwenk ist kaum nachzuvollziehen. Ich hätte mir gewünscht, dass es zu einem anderen Ergebnis kommt.“ Der Mann hat recht, und wo er recht hat, hat er recht und das sollten wir auch hier noch mal sagen, auch wenn wir uns jetzt mit einer anderen Situation auseinanderzusetzen haben.

Wenn man andere Entscheidungen trifft, dann muss man sie begründen. Bislang fehlt eine wirkliche Begründung, warum man das Magna-Konzept, an dem wir jetzt ein Jahr gearbeitet haben, nicht will, wie man ohnehin feststellen muss, dass General Motors und der Verwaltungsrat bislang nur gesagt haben, was sie nicht wollen, aber nicht gesagt haben, was sie denn wollen für die Zukunft von Opel. Das Ganze hatte eine bestimmte Stilistik, eine Stilistik, die ich zumindest für fragwürdig halte. Ich will noch mal aus dem „Handelsblatt“ dieser Tage zitieren. Da lässt sich John Smith, seines Zeichens Chefunterhändler von General Motors, mit folgendem Satz zitieren: „Es war eine knappe Sache bei allen drei wichtigen Treffen im GM-Board.“ Und jetzt kommt es: „Am Ende war es wie ein Münzwurf.“ Ich finde, man kann ja vieles sagen, aber eine solche Entscheidung mit einem Münzwurf zu vergleichen, wird der Verantwortung des Verwaltungsrats, der Chefunterhändler nicht gerecht gegenüber den Beschäftigten, dem gesamten Unternehmen, das hört sich für viele der Kolleginnen und Kollegen zynisch an. Ich denke, das kann nicht die Art und Weise sein, wie wir damit umgehen. Deswegen verstehe ich auch die Wut, den Zorn, die Sorge vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall im Hause)

Das sagend und wissend, dass viel Vertrauen zerstört worden ist, sage ich trotzdem, wir müssen uns jetzt mit der Realität auseinandersetzen und diese Realität heißt, dass wir eine Situation haben, wo die Zukunft von Opel eben doch mit der von GM gekoppelt ist. Das wird die Realität sein. Mit dieser Realität

haben wir uns auseinanderzusetzen. Das heißt für mich, wir brauchen wieder eine Gesprächsbasis mit General Motors. Wir brauchen eine Gesprächsbasis, wo wirklich über die Zukunft diskutiert wird. Ich hoffe, dass Herr Henderson, der gestern nach Deutschland gekommen ist, das in den Gesprächen sowohl mit der Geschäftsleitung als auch mit Herrn Franz, dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, schafft.

Eines muss klar sein, wir brauchen Klarheit und ein klares Konzept. Dazu gehören aus meiner Sicht mindestens vier Elemente. Wir brauchen ein Finanzierungskonzept, denn wenn man im Verwaltungsrat schon entscheidet, dass man GM nicht will, dann heißt das zunächst einmal für mich auch, man sieht sich in der Lage, auch finanziell, einen solchen Restrukturierungsplan selbst auf den Weg zu bringen. Wir brauchen zweitens ein Restrukturierungskonzept für Opel, was klarmacht, wo die Reise hingehen soll für die Standorte, für die Beschäftigten und insgesamt für die regionale Wirtschaft, die in hohem Maße in den jeweiligen Bereichen von Opel abhängig ist. Wir brauchen ein Innovations- und Wachstumskonzept für Opel. Innovation, weil klar ist, die Automobilmärkte verändern sich dramatisch. Automobile müssen in Zukunft nicht nur mobil sein, sie müssen auch in der Lage sein, Kraftstoffe effizient einzusetzen, weil sie einen Beitrag dazu leisten müssen, dass wir auch im Verkehrssektor eine nachhaltige Entwicklung nehmen. Wir brauchen eine Wachstumsstrategie für Opel, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch auf den europäischen und den internationalen Märkten. Das ist eine der zentralen Voraussetzungen, um die es geht.

In dem Kontext wird dann immer darüber diskutiert, ob wir öffentliche Mittel brauchen. Ich will an dieser Stelle eines klar sagen: Die Reihenfolge ist entscheidend. Die Reihenfolge lautet: General Motors hat zunächst einmal die Hausaufgaben zu machen. General Motors hat vorzulegen, was denn eigentlich für die Zukunft von Opel geplant ist und dann muss in Bewertung dieses Konzepts von Bund und Ländern entschieden werden, in welchem Umfang und welcher Form wir öffentliche Unterstützung gewähren. Wir sind dazu bereit, aber nur dann, wenn deutlich ist, es gibt eine klare verlässliche Zukunft für Opel anhand der Kriterien, die ich vorhin genannt habe. Deswegen sage ich, wenn man sich öffentlich engagiert, muss das mit eindeutigen Zielen gekoppelt sein - eine klare Finanzierungsgrundlage, eine klare Aussage zur Sicherung der Standorte, eine klare Aussage zur Beschäftigungsstrategie und auch eine klare Aussage dazu, dass man in den nächsten Jahren auf Wachstum und Innovation setzt. Opel - und das war die Realität über viele, viele Jahre - darf nicht nur die verlängerte Werkbank von General Motors sein, sondern die Erwartung muss eindeutig sein, dass wir - und ich hoffe, es gibt dann mehr

Kontinuität und nicht diejenigen, die ab und zu mal vorbeischauchen oder Leute im Verwaltungsrat, die sich vor allen Dingen mit einem brüsten, dass sie von der Automobilindustrie wenig verstehen und deswegen gerade in den Funktionen sitzen - Verlässlichkeit, Kompetenz an der Spitze brauchen. Wir brauchen in dem Kontext ein Management, das eine klare Strategie hat und das Opel seine Innovationspotenziale und Zukunftsstrategien entwickeln lässt.

Ich hoffe, Herr Henderson schafft in diesen Tagen Klarheit für uns, für die Politik, aber auch für die Beschäftigten und für den Konzern. Für Bund und Länder ist eine Frage ganz entscheidend: Wir müssen ein Bündnis von Bundesregierung und Landesregierungen eingehen. Wenn wir uns wechselseitig in einen Standortwettbewerb treiben lassen nach dem Motto Eisenach gegen Bochum, Rüsselsheim gegen Kaiserslautern oder Kaiserslautern gegen Eisenach, dann wird die Konsequenz klar sein; alle Standorte werden verlieren. Deswegen meine herzliche Bitte, dass auch das Parlament uns dabei unterstützt, ein Bündnis mit Bundesregierung und den jeweiligen Standortländern einzugehen, weil das die einzige Gewähr ist, dass wir nicht die Getriebenen sind, sondern dass wir Einfluss nehmen können und dass wir über die Solidarität der Standorte unsere Interessen auch durchsetzen können gegenüber General Motors.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein persönliches Wort sagen auch zur Zusammenarbeit in der neuen Landesregierung. Mein herzlicher Dank gilt der Ministerpräsidentin, weil ich glaube, in den letzten Tagen - es war ein Kaltstart für alle Beteiligten - das war eine gute Zusammenarbeit. Ich kann sagen, wir haben uns an einer Reihe von wichtigen Entscheidungen beteiligt als Thüringer und haben unsere Interessen auch eingebracht. Wir haben uns daran beteiligt und auch unterstützt, dass in der Treuhand endlich personelle Klarheit geschaffen wird. Es kann nicht sein, dass in der Treuhand des Bundes Vertreter sitzen wie Herr Pfeil, die Dinge betreiben, die mit den Interessen des Bundes und der Länder nichts zu tun haben. Deswegen, glaube ich, war es richtig, die Entscheidung zu treffen, Herrn Pfeil und Herrn Wennemann von ihren Aufgaben zu entbinden und neue Akteure zu berufen, von denen wir sicher sein können, dass sie ihre Verantwortung im Sinne des Bundes und des Landes und im Sinne von Opel wirklich wahrnehmen können.

(Beifall SPD)

Wir haben heute in der Landesregierung beschlossen, dass wir eine Taskforce einsetzen, eine Taskforce Opel, an der unter Führung des Wirtschafts-

ministeriums das Wissenschaftsministerium, Finanzministerium, Verkehrsministerium, Umweltministerium beteiligt sind, wo wir diesen Prozess als Landesregierung intensiv begleiten werden und im Rahmen dieser Maßnahmen natürlich auch Dinge prüfen werden. Was können wir tun, um die Attraktivität des Standorts Eisenach zu verbessern? Was können wir tun, um unsere Clusterstrategie im Automotiv-Sektor weiterzuentwickeln? Was können wir tun im Bereich der Technologieförderung, was für Maßnahmen können wir im Bereich der Finanzhilfen auf den Weg bringen und weitere Maßnahmen? Allerdings - und das sage ich in Bezug auf den einen oder anderen Antrag, der hier vorliegt -, was wir nicht tun werden, wir werden nicht die Menükarte auf den Tisch legen. Wer die Menükarte komplett auf den Tisch legt, wird Folgendes erleben: Es wird viele geben, die sehr viel bestellen werden und wer viel bestellt, wird am Ende derjenige sein, der vielleicht auch dann die Kosten an andere, die dafür bezahlen müssen, weiterreichen will. Deswegen meine Bitte, auch wenn ich gern in Ausschüssen und anderen Bereichen darüber informieren will: Wir können hier nicht das Full-Service-Menü auf den Tisch legen, weil das unsere Verhandlungsposition in den weiteren Gesprächen nicht stärken, sondern schwächen würde. Wir würden geradezu eine Einladung an General Motors aussprechen, noch mehr zu fordern, noch mehr an finanziellen und sonstigen Hilfen. Ich glaube, das wäre keine kluge Strategie.

Das sage ich im Hinblick auf einige Vorschläge und auch einige Anregungen z.B. vonseiten der LINKEN in ihren Anträgen, auch über Alternativen nachzudenken. Man stelle sich vor, ich würde heute der Ministerpräsidentin erklären, wir haben den berühmten Plan B oder Plan C. Das wäre eine Aussage, dass wir nicht mehr an den Standort Eisenach glauben, das wäre ein Signal an die Kolleginnen und Kollegen, dass wir den Kampf bereits aufgegeben haben und, liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht die Antwort der Politik sein.

(Beifall CDU, SPD)

Deswegen bitte ich um Verständnis, dass wir eben nicht die Menükarte auf den Tisch legen, aber dass Sie uns eines wirklich abnehmen können, dass wir in vollem Umfang prüfen und auch Dinge, die in den Anträgen angeregt sind, bei uns durchdacht werden, damit wir auch insgesamt einen Beitrag dazu leisten, wie der Standort Opel weiterentwickelt werden kann, wie wir Beschäftigungssicherung betreiben können. Dazu gehört auch - und da will ich mich beziehen auf den Änderungsantrag der GRÜNEN, wo der Antragsteller uns auffordert, auch einen Beitrag dazu zu leisten -, dass es auch zu Produktinnovationen kommt. Ich unterstreiche das dreimal. Autos kaufen nämlich keine Autos, sondern

Autos werden gekauft und das heißt, wir brauchen auch eine Einschätzung der Märkte. Der Trend auf den Märkten in den nächsten Jahren wird sein, dass wir verbrauchsärmere Autos brauchen, dass wir andere Antriebstechnologien brauchen wie z.B. die Elektromobilität. Deswegen werden wir auch versuchen in unserer Technologieförderung, in unserer Clusterförderung und in dem, was wir tun können, um Opel voranzubringen, einen sehr starken Akzent darauf zu setzen, dass es Innovationen gibt, dass es neue Antriebstechnologien gibt, dass Elektromobilität kommt, denn das ist die Zukunft des Automobilsektors.

Zur FDP will ich einen Satz sagen: Ich habe das bereits ausgeführt, wer heute über B oder C redet, der muss wissen, was er an der Stelle tut. Ich hoffe auch, dass Sie uns auf dem Weg begleiten werden, zunächst einmal eine klare Aussage in Richtung Opelaner und vor allem auch ein klares Signal an Berlin und die anderen Standorte zu geben. Wir als Parlament werden zunächst einmal alles daran setzen, dass wir Opel in dieser schwierigen Phase unterstützen.

Ein letzter Punkt: Ich glaube, diese Woche ist eine sehr wichtige Woche. Es finden diese Woche Gespräche mit der Geschäftsleitung statt. Es werden Gespräche auf der Bundesebene stattfinden. Ich will an dieser Stelle noch sagen, der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie wäre gut beraten, die Wirtschaftsminister der Standortländer einzuladen, um sehr schnell erstens den Informationsfluss sicherzustellen und zweitens zu ermöglichen, dass wir uns koordinieren, dass wir gemeinsam verabreden, wie wir zwischen Bundesregierung und den Landesregierungen vorgehen. Dann hätten wir einen wichtigen Beitrag geleistet, auch geschlossen in die weitere Debatte zu gehen.

Zum Schluss - das ist meine herzliche Bitte an Sie - lassen Sie uns ein klares Signal geben für Opel, für die Beschäftigten, für Eisenach und für die Zukunft von Opel. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir das Innovationspotenzial und das Zukunftspotenzial dieses Unternehmens, das eine lange Tradition hat, das aus meiner Sicht nach wie vor eine starke Marke ist, weiterentwickeln können, und zwar mit den Beschäftigten, mit den Gewerkschaften, mit einer neuen Geschäftsführung von Opel, die dann hoffentlich größere Handlungsfreiheit hat und, wo notwendig, auch mit staatlicher Unterstützung. Denn ein solches Unternehmen ist für die wirtschaftliche Entwicklung und auch für das Innovationspotenzial in Thüringen und in Deutschland von erheblicher Bedeutung. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie. Ich frage: Wird die Aussprache zum Sofortbericht gewünscht? Ich sehe, sie wird gewünscht. Ich eröffne die Aussprache zum Sofortbericht und gleichzeitig zu den Anträgen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als Erster hat sich Abgeordneter Ramelow zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

„Wir saßen einst in einem Boot, der Käptn lebt, die Mannschaft tot.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Arbeitsplätzen darf man nicht Monopoly spielen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sage ich ganz bewusst und vorweg, denn es geht nicht nur um die Arbeitsplätze bei Opel, es geht um die Arbeitsplätze bei den direkten Zulieferbetrieben und bei den Zulieferbetrieben der Zulieferbetriebe. Es geht um die gesamte Region in Thüringen. Immerhin bis zu 20 Prozent unseres Industriepotenzials hängen direkt oder indirekt an der Verclustering in diesem Automobilsegment. Die Frage, ob ein solches Unternehmen in Thüringen noch produzierend vorhanden ist oder nicht mehr vorhanden ist, ist für uns von großer entscheidender Wichtigkeit. Deswegen, werter Herr Machnig, der Antrag, dass Sie Alternativen prüfen sollen, ist nicht von uns, der ist von der FDP. Da ist schon ein Unterschied. Wir möchten, dass keine Alternativen zum Standort Eisenach und zu Opel geprüft werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir möchten, dass alles getan wird, dass Opel produzierend in Thüringen erhalten bleibt und in der Vernetzung die Zulieferer und die Drittzulieferer weiterhin qualitativ leisten können und unterstützt werden. Wir müssen uns also über eine Mehrzahl an Maßnahmen verständigen. Dazu gehört unter anderem zum Beispiel für kleine und mittelständische Betriebe, die im Automotive-Bereich tätig sind, eine Unterstützung durch die Banken. Wir erleben geradezu, dass der gesamte Automotive-Bereich auf die Watchliste der Banken gesetzt worden ist, dieselben privaten Banken, die zurzeit Staatsknete nehmen und Monopoly spielen, als wenn nichts gewesen wäre. Die kommen derzeit ihrer Verpflichtung nicht nach, den Betrieben, die im Moment Eigenkapitalsicherung und Eigenkapitalunterstützung brauchen, entsprechend Geld zur Verfügung zu stellen. Denen helfen auch keine weiteren Zuschüsse. Denen hilft nur Ei-

genkapital oder Eigenkapital ersetzende Maßnahmen. Ich sage das deswegen auch in Anwesenheit der Kolleginnen und Kollegen von Opel Eisenach, weil ich zurzeit E-Mails bekomme von Menschen aus Thüringen, die sagen, hört doch auf, über Opel zu reden. Hört doch auf, ihr macht alles für Opel und für alle anderen tut ihr nichts. Dabei wird übersehen, wenn Opel nicht mehr da wäre, wären die kleinen und mittelständischen Betriebe, die alle an dem Cluster hängen, auch weg. Das heißt, wir müssen darauf achten, dass Opel Synonym ist für viel mehr als einfach nur den Corsa bauen. Mir ist es - ehrlich gesagt - zu wenig, wenn ihr nur den Corsa baut. Ich möchte, dass Opel Eisenach in Zukunft ein innovatives Leistungszentrum wird, bei dem auch der Ampera eine Zukunft hätte und wir ein Forschungs- und Entwicklungszentrum wären. Insoweit unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bemühen, in die Richtung zu agieren.

Das bedeutet aber - und da unterscheiden wir uns dann in der Tat -, der Antrag in der heutigen Sitzung - das haben Sie völlig richtig festgestellt - ist nicht gestellt worden, um hier einen Regierungs-Oppositions-Klamauk zu machen. Ich habe auch ausdrücklich die Ministerpräsidentin angerufen und ihr angekündigt, dass es tatsächlich um die Solidarität des Landtags und der Landesregierung, aller Politiker in Thüringen geht, weil die Sorge um das, was da geschieht, viel, viel größer ist, als dass wir zulassen könnten, dass wir an die Industrieproduktion in Thüringen Luft heranlassen würden. Ich halte die Entscheidung von GM für eine ausgesprochen schwierige, um nicht zu sagen eine seltsame. Ich zitiere die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, den Herrn zu Guttenberg. Herr zu Guttenberg hatte noch als Bundesminister für Wirtschaft und Technologie einen Brief an den Mutterkonzern General Motors sowie an die Opel-Treuhandgesellschaft geschrieben. Darin hatte er im Namen der Bundesregierung versichert, dass die zugesagten Staatshilfen von 4,5 Mrd. € nicht nur Magna, sondern jedem Investor zugute kämen. Dies wird als Umstand gewertet, der GM dazu bewog, Opel nicht zu verkaufen. Guttenberg verweist darauf, dass alle Formulierungen mit dem Bundeskanzleramt, dem Finanzministerium und den Ländern mit Opel-Standorten abgestimmt worden seien. Das heißt, es müsste ja auch mit Thüringen abgestimmt worden sein und dann hätten wir noch Klärungsbedarf, den wir aber im Ausschuss bereden. Da sage ich, es soll niemand so tun, als wenn mindestens einer der Treuhänder, der Opel in den Händen hat, mal auf einer ganz anderen Seite stand. Der ist jetzt ausgetauscht worden, aber Herr zu Guttenberg, Entschuldigung, hat eine Rolle gespielt, die ich als ausgesprochen dubios und zweifelhaft betrachten muss.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: 17. Oktober.)

Vor einem Jahr hat Herr Forster öffentlich angekündigt, dass Opel Europa Hilfe braucht. Er hat das sehr mutig angekündigt, er hat deutlich gemacht, wir haben große Schwierigkeiten. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Opel-Werke alles atomisierte Produktionsstandorte des weltweit agierenden Konzerns sind und dass das einzelne Werk in der Konzernstrategie überhaupt keine Rolle spielt, sondern dass die Werke immer nur in einer bestimmten Funktion eingesetzt werden. Eisenach ist über Jahre hinweg als Benchmarkwerk gegen den Rest der Welt eingesetzt worden. Je besser ihr produziert habt, desto mehr haben die in Korea oder sonstwo gewusst, wie man das Wort „Eisenach“ schreibt, nämlich immer dann, um deren Produktionskennziffern zu drücken.

Opel war nie ein europäischer Konzern, deswegen ist unsere Lesart - da unterstützen wir Sie -, aus der Marke „Opel“ muss ein Konzern „Opel“ werden, muss eine Aktiengesellschaft werden. Das darf nicht nur Opel AG heißen, sondern es muss ein europäischer Konzern sein, der kann dann auch nach Aktienrecht verfasst sein, aber es muss ein eigenständiger Konzern sein, und zwar unabhängig davon, ob GM beteiligt ist oder Ripplewood oder Magna. Bei Ripplewood will ich nur in Erinnerung rufen, das sind die, die gesagt haben, Eisenach für zwei Jahre stilllegen und alle in Kurzarbeit schicken. Dann hätten wir die 1.700 in Kurzarbeit und fünf- bis sechsmal so viele bei den Zulieferern und soundsoviele Betriebe, die gleich hopsgegangen wären, nur weil ein Finanzmakler damit Kohle zocken will. Deswegen habe ich vorhin den Satz - „Wir saßen einst in einem Boot, der Käpt'n lebt, die Mannschaft tot.“ - gesagt. Denn manche der Finanzinvestoren sind nur daran interessiert auszuweichen und andere sind daran interessiert, Marktbereinigung zu betreiben. Deswegen, meine Damen und Herren, geht es uns bei der Antragstellung nicht einfach nur um ein „Weiter so“ in Eisenach. Wir müssen uns einen Plan machen, der davon ausgeht, den Ist-Zustand zu analysieren. Da habe ich auch ein paar Fragen, die wir heute nicht bereden müssen, die wir im Ausschuss bereden sollten. Die Frage ist: Wo sind eigentlich die Opel-Anteile von GM derzeit abgeblieben? Hat GM sie eigentlich oder sind sie auf den Treuhänder übergegangen? Denn die Zahlung der Staatsmittel war daran gekoppelt, dass GM seinen Eigentumsanspruch auf den Treuhänder überträgt. Insofern verweise ich auf das, was Herr Drissen am 28.05. im Namen des Wirtschaftsministeriums im Wirtschaftsausschuss im Rahmen einer Selbstbefassung von uns vorgetragen hat, nämlich dass GM die Lizenzen und Patente sowie die gewerblichen Schutzrechte auf eine Zweckgesellschaft

übertragen hat. Die Frage ist: Wer ist Eigentümer der Zweckgesellschaft und wer ist zurzeit der Verfügungsberechtigte dieser Zweckgesellschaft? Ist es der Treuhänder, dann muss man die Frage stellen: Treuhänder, was machst du damit? Du bist derjenige, der eigentlich im Sinne einer staatsfernen Regelung handeln soll. Du bist nicht in der Lage, eine Konzernbereinigung zu betreiben, wo Marktbereinigung betrieben wird. Es geht bei den Lizenzen immerhin um 7,1 Mrd. €, die GM gegenüber Opel in Rechnung gestellt hat. Damit würde das Damoklesschwert gleich wieder von dem Konzern obendrüber gestülpt werden, egal, wie viel Staatsgeld wir reingeben.

Deswegen auch unsere klare Auffassung, wir müssen uns einen Plan machen und wir müssen einen Plan haben. Ich möchte ihn ja gar nicht in aller Öffentlichkeit erläutert bekommen, aber ich hätte schon das Bedürfnis, deutlich zu sagen, dass kein Staatsgeld mehr in Unternehmen - und das meine ich jetzt generell - fließt, ohne dass dafür nicht Eigentumsrechte gebildet werden. Warum soll man denn mit staatlicher Hilfe privatrechtliche Unternehmen sanieren, wenn anschließend das Geld privat verwirtschaftet wird oder ein Finanzinvestor einfach das Unternehmen aushebelt oder ausnimmt, je nachdem, wie man es dort gern hätte? Deswegen auch meine Frage: Wo sind die Zweckgesellschaften, wer verfügt über die Zweckgesellschaften und wer verfügt über die Grundstruktur? Aus meiner Sicht gab es eine Überlegung, die will ich gern wiederholen und mahne sie zur Diskussion an. Die Überlegung heißt: Wenn wir aus der Marke Opel einen Konzern Opel, einen aktienrechtlichen Konzern entstehen lassen, einen Mobilitätskonzern, dann dürfen wir nicht nur die vier Standorte Deutschlands nehmen. Ich war langjährig der Vorsitzende der deutsch-spanischen Parlamentsgruppe, ich habe mit dem spanischen Botschafter regelmäßig im Kontakt gestanden, ich war in Saragossa, ich kenne die Leistungsfähigkeit von Saragossa und weiß, dass wir mit Spanien, Belgien und England uns verständigen müssen, sonst werden sie uns in jeder Entscheidung, wo wir Staatsgeld geben, über die EU ausknocken.

Insoweit müsste man aus unserer Sicht - sagen wir jedenfalls - das staatliche Geld einsetzen, um diese Aktiengesellschaft entstehen zu lassen. Ich verweise ausdrücklich auf ein sehr erfolgreiches Staatsmodell, das heißt VW. Das hat die VW-Beschäftigten gerade vor einer unbotmäßigen Übernahme durch Porsche, und zwar durch Porsche-Finanzanlagestrategien, verhindert. Dieses VW-Gesetz ist mittlerweile europasicher. Für mich wäre es ein Leichtes, auch die ersten 1,5 Mrd., die schon geflossen sind, das war ja der Barzuschuss, 500 Mio., die als Bargeld an Opel gegangen sind, also Opel Europa, und der Rest an Bürgschaften, der dazu gegeben wurde. Meine, unsere Vorstellung wäre, dass man am

Schluss eine Opel Aktiengesellschaft entstehen lässt, bei der der Staat, gebildet aus den vier Bundesländern, 25,1 Prozent Anteile an dieser Aktiengesellschaft hält - also Staatsgeld nur gegen Eigentum. Das heißt damit überhaupt nicht, eine Entscheidung gegen GM zu treffen. Das heißt nur, eine eigenständige Struktur entstehen zu lassen, damit aus Detroit nicht ständig zugegriffen werden kann auf einen einzelnen Standort rund um den Globus, und das Auspielen von einem Standort gegen den anderen. Es gab das Angebot der Händler, bis zu 20 Prozent an Eigentumsanteil aus dieser entstehenden Aktiengesellschaft zu übernehmen. Ich habe im Bundestag damals den Bundeswirtschaftsminister gefragt, ob er bereit wäre, eine Ausfallbürgschaft für ein solches Beteiligungsmodell der Mitarbeiter und der Händler zu gewähren. Die Bundesregierung hat damals im Parlament gesagt, sie können sich das vorstellen, wenn damit eine Eigentumsstruktur entsteht; warum nicht 15 Prozent der Händler, 10 Prozent der Mitarbeiter - das wären 25 Prozent, 25,1 Prozent die vier Bundesländer und wir hätten eine Sperrmajorität, bei der dann General Motors ein gleichberechtigter Partner im Konzern wäre. Aber er wäre Aktionär; die Aktiengesellschaft unterliegt dann dem Aktionärschutz und kann nicht so angewendet werden, wie wir es gerade bei Eisenach erleben. Eisenach ist jahrelang Benchmarkwerk gewesen. Das heißt, es hat beste Produktionsergebnisse und Kennziffern dargestellt, danach mussten andere sich richten, gleichzeitig sind die Vorprodukte so teuer geworden, dass in Eisenach steuerrechtlich derzeit ein dreistelliger Millionenbetrag in der Bilanz als Verlust ausgewiesen wird. Das versteht doch kein Mensch mehr, dass man arbeitet auf Teufel komm raus, und anschließend vorgehalten bekommt, steuerrechtlich habt ihr Verluste produziert ohne Ende. Das ist die Methode, wie Finanzinvestoren und Finanzjongleure Unternehmen und Menschen kaputt machen.

(Beifall DIE LINKE)

Das bedeutet, dass es doch ein Zynismus ist, der sich gegen die Menschen richtet, die so produzieren. Die sind im Zweifelsfall immer auf Hochtouren, liefern beste Ergebnisse ab und trotzdem werden sie von dem Genuss, den andere haben, nie etwas haben, nämlich einen Anspruch, dass sie auch die Leistung, die sie erbracht haben, in schwierigen Zeiten auch einmal zurückerstattet bekommen. Insoweit ist unser Werben, dass man aus den Werken zusammenfassend ein Gesamtunternehmen entstehen lassen muss.

Ich habe es sehr begrüßt, Frau Präsidentin, als Sie als amtierende Ministerpräsidentin auf der Eisenacher Solidaritätskundgebung in deutlichen Worten alle Optionen in Ihrer Darstellung mit vorgestellt haben. Alle Optionen hieß damals auch die Option,

Eigentum zu bilden. Ich fand das damals einen mutigen Schritt. Ich habe ausdrücklich noch einmal nachgefragt, weil ich das sehr wichtig fand, ob man Staatsgeld gegen Eigentum einsetzt. Dann erlebe ich kurze Zeit später, dass auf einmal aus ideologischen Gründen gesagt wird, aber Eigentum darf nie gebildet werden, weil man sagt, daraus entsteht Volkseigentum oder VEB Opel. Das ist einfach ideologischer Unsinn. General Motors ist verstaatlicht worden.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist heute ein Staatskonzern. Dass die heute mit uns so umspringen, haben Sie der Verstaatlichung durch den US-amerikanischen Staat zu verdanken. Jetzt muss ich aber mal sagen, die Bundesregierung ist rechtzeitig davon informiert worden. Deswegen ärgere ich mich auch so maßlos, dass die Bundesregierung falsche Schlussfolgerungen, ideologische Schlussfolgerungen gezogen hat, indem sie gesagt hat, die Verstaatlichung in Amerika ist zwar angekündigt, Geithner hat damals die Bundesregierung ausdrücklich aufgefordert, einen ähnlichen Schritt zu vollziehen wie in Amerika, nämlich eine gleiche Staatsholding als Beteiligung zu machen mit demselben Geld. Wir reden über das Geld des Steuerzahlers, das sowieso zur Verfügung gestellt wird. Der Unterschied ist nur, ob ich das Geld in ein schwarzes Loch schmeiße und das Geld woanders dann herauskommt oder ob ich das Geld in eine Aktiengesellschaft stecke, bei der ich noch Einfluss als Aktionär über das habe, was da geschieht.

Also, während Amerika die Verstaatlichung vorgenommen hat, rechtzeitig angekündigt hat, hat die Bundesrepublik Deutschland so getan, als ginge sie das nichts an. Herr von und zu Guttenberg hat dann öffentlich immer wieder gesagt, wir prüfen alles in alle Richtungen und man hatte den Eindruck - Entschuldigung, dass ich das mal sage -, ich hatte den Eindruck, dass da eher bayerische Interessen als wirklich politische Interessen eine Rolle gespielt haben, dass man da ein bisschen Marktbereinigung macht und einen lästigen Konkurrenten loswird.

(Beifall DIE LINKE)

Das war damals schon falsch. Ich bin jetzt ja sehr einverstanden, dass der neue Wirtschaftsminister zumindest menschlich ein höheres Maß an Anteilnahme zeigt, wie ich es vorher gewöhnt war. Das ist für mich durchaus lobenswert. Es reicht mir aber nicht, dass wir Alternativen für Eisenach prüfen. Ich möchte, dass wir gemeinsam für den Standort Eisenach, für die Zulieferindustrie und den Originalkonzern kämpfen, und dazu ist es völlig richtig und ich begrüße das, dass die Landesregierung eine Idee der LINKEN aufgegriffen hat, eine Taskforce zu

bilden.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist positiv. Das können Sie nicht wissen, das haben wir hier vorgeschlagen, da hat man das nicht für zielführend erachtet. Ich finde das ein richtiges Instrument. Aber es geschehen ja auch Zeichen und Wunder; die Bundeskanzlerin hat ja heute auch schon erwähnt, dass Börsenumsatzsteuer lobenswert sei. Man wundert sich an dem heutigen Tag über gar nichts, sondern man begrüßt es ausdrücklich, dass es neue Töne in Deutschland gibt. Wenn zu den neuen Tönen der Landesregierung auch gehört, dass wir gemeinsam eine Strategie erarbeiten, wie wir den Automobilstandort Thüringen erhalten, wie wir ins Zentrum der Debatte Zukunft für den Automobilstandort stellen, dann sind wir auf dem guten Weg. Das ist weit mehr als einfach nur die Versorgung mit ein paar Modellnachfolgeüberlegungen. Der Corsa allein, finde ich, reicht nicht, auch nicht die Alternative mit einer anderen gleichrangigen Produktion, weil die Finalproduktion in Thüringen einfach zu gering ist. Wir haben eine hoch leistungsfähige Fabrik, aber sie ist eben nur Logistiker. Da arbeiten hoch qualifizierte Metaller, aber im logistischen Bereich just in time. Die entscheidende Frage im Magna-Konzept - deswegen habe ich immer gesagt, alternativ zu dem Aktienvorschlag, den ich hier unterbreitet habe, wäre Magna das zweitbeste, aber immer noch bessere Konzept als Ripplewood, weil Magna eine Ausrichtung nach Osteuropa hatte - wäre gewesen, dass der Standort Eisenach ein zentraler Punkt in der Russlandstrategie gewesen wäre. Wenn GM sich am Schluss entscheidet, Russland nicht über Opel zu bedienen, sondern über Chevrolet oder über andere Marken aus dem Konzern, dann wird das Werk Eisenach überflüssig sein aus der Logik dieser Produktionsentscheidung, weil sie dann nämlich rückverlegen nach Saragossa.

Deswegen fand ich es spannend, als es hieß, zum Werk in Eisenach kommt auch noch das Presswerk dazu. Das wäre die nächste Stufe in der Komponentenfertigung, die ich für notwendig und die ich auch für richtig halte. Den Zuhörern draußen müsste man auch mal sagen, auf dem Gelände gibt es längst ein Presswerk, das gehört nur nicht zu Opel. Es ist ja hoch kurios, dass ganze Züge aus Saragossa durch ganz Europa ins Opelwerk fahren und jedes Produktionsteil aus einem anderen Fertigungswerk bringen und auf demselben Gelände ist schon ein Presswerk, da müsste nur die Mauer in der Mitte weggenommen werden. Das zeigt nur die Kuriosität in dieser Form, wie Automobile heute gefertigt werden, nämlich eher logistisch als denn wirklich noch im Sinne einer ingenieurtechnischen Leistung, die die Mitarbeiter zu erbringen haben. Deswegen plädieren wir dafür, dass wir ge-

meinsam mit den Beschäftigten, gemeinsam mit der IG Metall die Frage der Mitarbeiterbeteiligung in den Vordergrund stellen, auch die Frage der Ausfallbürgschaften für die Händler, für die Mitarbeiterbeteiligungsgesellschaften von der Bundesregierung abverlangen. Ich finde es völlig richtig, einzufordern, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie mit den vier Ländern gemeinsam eine Strategie erarbeitet, wie man dann auf den GM-Konzern zugeht. Wenn der GM-Konzern sich dann entscheiden würde, am Ende eines solchen Entwicklungsprozesses, wie ich ihn versucht habe für unsere Fraktion zu beschreiben, ein industrieller Partner zu sein, dann allerdings unter der Bedingung, dass er nur Aktionär ist und ingenieurtechnische Leistung gegen Gegenleistung verrechnen muss, aber dann bestimmt er nicht von Detroit die Preise, die man dann den nachgeordneten Werken überhilft. Wenn wir eine solche Loslösung betreiben würden, dann würden wir den Automobilstandort Thüringen systematisch ausbauen. Dann beginnt die Zukunftsüberlegung, an der Sie, Herr Machnig, ja schon einige Akzente öffentlich deutlich gemacht haben, tatsächlich über das Elektroauto, über die Speicherkapazität, über die Speicherverbindung zum Stromnetz, die Modernisierung der gesamten industriellen Strukturen voranzutreiben. Ich glaube, dass die Frage der Verbindung zwischen Speichertechnik, Antriebstechnik und Strommodernisierung ein Zukunftsthema für die nächsten hundert Jahre ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird eine große Entscheidung sein, ob wir in Zukunft in Mikroanlagen, in Kleinstanlagen und in anderen Stromübertragungswegen sozusagen mikro-technologisch neue ingenieurtechnische Wege gehen oder ob wir nur veraltete Fahrzeuge nach amerikanischem Modell fahren, diese großen Spritsäufer. Deswegen begrüße ich ausdrücklich auch die ergänzenden Hinweise der GRÜNEN, die darauf noch einmal hingewiesen haben, weil ich denke, es kann nicht darum gehen, eine veraltete Technologie einfach nur fortzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte es eingangs gesagt, unser Ansinnen heute war ein Solidaritätsansinnen und ein klares Bekenntnis zu den Arbeitsplätzen, zu dem Standort und eine Zukunftsoption für unser Land. Dieses Solidaritätsbekenntnis wollen wir nicht kleinreden, indem wir heute über Anträge abstimmen, ob dann noch ein Viertelsatz hineinkommt oder nicht. Ich halte den Antrag, den SPD und CDU gestellt haben, für eine Entschlie-ßung, die man heute verabschieden kann als Deklaration. Meine Bitte wäre, alle anderen Anträge, also auch unseren Antrag, an die Ausschüsse zu überweisen und eine regelmäßige Fortberatung so-

wohl im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit als auch im Haushalts- und Finanzausschuss mit den Fachthemen durchzuführen, denn es geht hier um viel Geld. Ich denke aber, wir werden uns um eines nicht drücken können, um eine Grundentscheidung, ob wir ein automobiler Standort sein wollen oder nicht, ob wir zulassen, dass Opel öffentlich schlechtgeredet wird, und ob wir zulassen, dass Opel in Konkurrenz zum kleinen Bäckermeister gestellt wird oder zum klein- und mittelständischen Betrieb. Wir müssen die Tonart so wählen, dass es bei Opel-Entscheidungen eben auch um klein- und mittelständische Betriebe geht, denen wir jetzt helfen müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich kenne sieben Zulieferbetriebe in Hildburghausen, die dringend Unterstützung bräuchten und die eine schnellere Unterstützung durch Bankgespräche bräuchten. Deswegen will ich den Fokus nicht nur bei Opel belassen, sondern auch sagen, die Banken - das heißt die deutschen Privatbanken, die alle sich die staatlichen Gelder geholt haben - müssten gezwungen werden, jetzt schnellstens vor dem Jahresende auch solche Betriebe, die über Monate hinweg Kurzarbeit oder Kurzarbeit Null gemacht haben, zu unterstützen. Das muss draußen gespürt werden, damit man nicht das Gefühl hat, dass man sich nur um die Großen kümmert und bei den Kleinen nichts tun würde.

Deswegen meine Bitte: Lassen Sie uns gemeinsam heute ein Verfahren wählen, wie wir auch nach außen das Signal geben. Lassen Sie uns nach außen auch vermitteln, der Standort Eisenach und der automobiler Produktionsort Thüringen muss für uns Zukunft sein und er muss von uns verteidigt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Er muss mit Solidarität bedacht werden und er muss Grundlage sein für die weitere Entwicklung. Sonst erleben wir relativ schnell, dass 20 Jahre nach der Wende erneut ein industrieller Bruch passiert, den wir nicht mehr durch Fördergelder auffangen können. Deswegen hilft mir auch kein Konzept, ein staatlich finanziertes Werk noch mal als Mietfabrik neu zu finanzieren. Ich glaube, es geht nicht darum, ob man einzeln Geld nach Eisenach pumpt. Insoweit ist der FDP-Antrag zwar interessant, aber er signalisiert etwas Falsches. Er signalisiert, dass man schon einen Plan B machen müsste, bei dem der Plan A schon heißt, wir haben den Kampf um den automobilen Standort aufgegeben und wir produzieren dann irgendwas. Für die 1.700 Beschäftigten in der Werkhalle wird man vielleicht noch einen Plan B finden; für die zehn dranhängenden Arbeitsplätze an jedem Arbeitsplatz im Opel-Werk werden wir keinen in-

dustriellen Nachfolgearbeitsplatz finden. Wir müssen deshalb um eine Vernetzung und Verclustering auch des Automotive-Bereichs gemeinsam kämpfen.

Deswegen auch meine deutliche Bitte, lassen Sie uns nach außen signalisieren: Dieser Landtag und die Landesregierung stehen zusammen, wenn es um Automobilbau, um Opel und um die Zulieferer geht. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ramelow. Darf ich noch mal zur Verständigung fragen: Sie haben die Überweisung aller Anträge an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit beantragt? Und der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit soll federführend sein? Gut.

Als Nächster hat der Abgeordnete Lemb das Wort.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen von Opel in Eisenach, zunächst einmal will ich mich sehr herzlich bedanken bei Matthias Machnig für den Sofortbericht der Landesregierung, auch bei der Frau Ministerpräsidentin, weil damit deutlich wird, dass die Situation, wie wir sie im Moment bei Opel erneut erleben, Chefsache ist und dass wir in einer Situation sind, wo es vielleicht auch noch den einen oder anderen gibt, der gute Ideen einzubringen hat bei der Lösung der Probleme, vor denen wir erneut stehen.

Nach der Entscheidung, sehr geehrte Damen und Herren, von GM, Opel nicht zu verkaufen, obwohl alle Verträge unterschriftsreif vorlagen und entsprechende Verabredungen auf allen Seiten getroffen waren, stehen wir jetzt nicht nur für Thüringen, sondern für Deutschland und für Europa insgesamt vor einer erneuten Herausforderung zur Rettung von Opel in Eisenach und damit natürlich, wer wird das bestreiten, des Industriestandorts in Thüringen. GM hat mit seiner Entscheidung sozusagen auf den Resetknopf gedrückt, nach dem Motto: „Alle gehen wieder zurück auf Null.“ Jetzt ist zunächst einmal das Management von General Motors gefordert. Ich glaube, dass es im Moment nicht an der Zeit ist, über den Plan B oder den Plan D zu reden, sondern zunächst muss es einmal darum gehen, das Konzept von General Motors nach der Entscheidung des Verwaltungsrats zu erfahren. Eine Neuauflage des sogenannten Viability-Plans ist hierbei aus unserer Sicht keinesfalls akzeptabel. Dieser Plan sah vor, Eisenach mindestens für zwei Jahre stillzulegen und

möglicherweise damit insgesamt infrage zu stellen. Was eine zweijährige Stilllegung eines der produktivsten Werke bei Opel und damit im gesamten GM-Konzern für die Zukunft des Automobilstandorts Eisenach und damit für den industriellen Standort in Thüringen bedeuten würde, das brauche ich, glaube ich, niemandem hier zu erläutern.

GM hat durch diese überraschend getroffene Entscheidung des Verwaltungsrats jetzt zunächst einmal eine Bringschuld. Das, was wir heute vor einigen Minuten aus dem Gespräch zwischen dem GM-Chef Fritz Henderson und dem Vorsitzenden des Betriebsrats Klaus Franz erfahren haben, deutet möglicherweise in ersten vagen Ankündigungen darauf hin, dass es eine Bewegung bei GM geben könnte. Sicher ist das im Moment keinesfalls. Die Wiedervorlage des alten Konzepts von GM ist nicht tragfähig, sie ist indiskutabel und nicht akzeptabel. Dies hätte zur Folge, kein weiteres Standbein für die Kolleginnen und Kollegen in Eisenach, keine Entwicklung von Nischenfahrzeugen, keine Entwicklung von neuen Motoren, keine Entwicklung von Betrieben, Abzug der Entwicklungskapazitäten aus dem Entwicklungszentrum in Rüsselsheim und drei Werkschließungen in Europa, u.a. die starke Gefährdung unseres Standorts in Eisenach. Das genau ist der Unterschied zu dem vorgelegten Magna-Konzept und - bei allem Respekt, Kollege Ramelow - die Frage einer Mitarbeiterbeteiligung, wie sie zwischen dem Betriebsrat, den Arbeitnehmervertretern der IG-Metall und den Kolleginnen und Kollegen vor Ort entwickelt worden ist, ist genau auf der Basis diskutiert worden, dass diese Eckpunkte des Magna-Konzepts umgesetzt werden. Ob dies der Fall sein wird in Zukunft, ist aus heutiger Sicht völlig unsicher. Deshalb sage ich an dieser Stelle, ob man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tatsächlich für die Zukunft aus dieser neuen Situation heraus empfehlen kann, eine Mitarbeiterbeteiligung einzugehen, mag ein mögliches Konzept sein; es ist aber aus meiner Sicht für den Moment völlig offen und völlig unklar, ob das den Kolleginnen und Kollegen in der Tat zuzumuten ist. Das alles muss genau diskutiert werden, aber kann erst diskutiert werden, wenn ein entsprechendes Zukunftskonzept von General Motors vorliegt. Dieses Zukunftskonzept muss aber ein tragfähiges Zukunftskonzept sein und das muss auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitnehmen, denn die Kolleginnen und Kollegen, die hier oben auf der Tribüne sitzen mit ihren 1.700 Kolleginnen und Kollegen in Eisenach und den 26.000 in Deutschland und in Europa, ihr habt doch Opel zu dem Juwel gemacht, was offensichtlich GM nunmehr nicht mehr hergeben will. Opel befindet sich ja nicht erst seit einem Jahr in einem schwierigen Fahrwasser. Über viele Jahre haben die Belegschaften in allen deutschen Standorten, in allen europäischen Standorten mit flexiblen Lösungen Opel auf Kurs gehalten.

Das - das will ich in diesem Zusammenhang am Rande auch erwähnen - ist auch ein Beleg dafür, was starke Gewerkschaften und starke Betriebsräte leisten können. Dieses Modell hat auch gezeigt, dass betriebliche Mitbestimmung funktioniert. Deshalb ist es auch ein Beleg dafür, dass damit bewiesen wird, dass die Mitbestimmung, wie einige das ja immer versuchen zu desavouieren, auszubauen und nicht einzuschränken ist.

Der Respekt, liebe Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor den Leistungen vieler Menschen heißt, dass wir auch in Zukunft sicherstellen müssen, dass der Standort Eisenach als Automobilstandort erhalten bleibt. Natürlich ist völlig klar, dass damit auch verbunden sein muss unser gemeinsamer Kampf um alle Arbeitsplätze in der Westthüringer Industrieregion und damit natürlich - auch in Ostthüringen gibt es den einen oder anderen Automobilzulieferer - in Thüringen insgesamt. Ich finde es richtig - und deshalb unterstütze ich ausdrücklich den gestellten Antrag -, dass alle Anträge und Ergänzungsanträge an den Ausschuss überwiesen werden. Opel darf kein Spielfeld für Alleingänge oder parteipolitische Geländegewinne sein. Wenn es um die Zukunft von Opel geht, dann müssen der Bund und die Bundesländer mit Opelstandorten gemeinsam an den Tisch. Wir haben, viele haben die Magna-Lösung in den vergangenen Wochen und Monaten favorisiert. Trotzdem müssen wir nunmehr auch unter den neuen Gegebenheiten staatliche Unterstützungen prüfen. In der Tat ist es aber so, dass die Idee der Taskforce, glaube ich, nicht aus dem Parteiprogramm der LINKEN stammt, sondern die SPD-Fraktion hat schon im Frühjahr 2009 einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Im Übrigen habe ich unseren Wirtschaftsminister auch als eigenständig denkenden und handelnden Menschen kennengelernt, der vielleicht die eine oder andere neue Idee einbringt.

Liebe Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, von zentraler Bedeutung für die Zukunftssicherung sind aus meiner Sicht drei Kernkriterien. Das ist

1. - da stimme ich mit dem Kollegen Ramelow absolut überein - eine stärkere Eigenständigkeit von Opel oder wie der Betriebsrat es vor einigen Tagen formuliert hat: Das, was jetzt notwendig ist, ist, dass Opel einen eigenständigen Zugang in der Einliegerwohnung des Hauses bei GM bekommt, aber auch einen eigenständigen Schlüssel besitzt und eigenständige Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft erhält;

2. ein tragfähiges Zukunftskonzept und

3. - das sollten wir auch immer mit bedenken - sicherstellen, dass mögliche finanzielle Hilfen nicht über den großen Teich in die Vereinigten Staaten abfließen.

Ich fordere deshalb mit dem gemeinsamen Antrag der SPD und CDU die Bundesregierung auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit ein tragfähiges und wirtschaftlich, beschäftigungspolitisch, struktur- und regionalpolitisch vernünftiges Konzept auf den Weg gebracht wird. Alle Schritte auf diesem Weg müssen gemeinsam abgestimmt werden mit den Ländern, so natürlich auch mit Thüringen und mit den beteiligten anderen Opelstandorten.

Wir wollen gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern, mit allen, das von GM vorgelegte Konzept prüfen, Möglichkeiten ausschöpfen, um Standorte und Beschäftigung zu sichern. Nur dann können wir über neue staatliche Hilfen diskutieren. Möglicherweise sind diese dann auch vertretbar. Es muss gemeinsam mit der Geschäftsführung von Opel in Eisenach, es muss gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Betriebsräten alles für die Sicherung des Standorts Eisenach getan werden. Damit verbunden sind natürlich auch die Vorschläge, die wir im Zusammenhang beispielsweise mit der Clusterstrategie für die Förderung innovativer Zukunfts- und Umwelttechnologien vorantreiben.

Opel bewegt die Menschen - das darf ich vielleicht als jemand sagen, der ursächlich aus dieser Region Rüsselsheim stammt - in den letzten 80 Jahren mit sicheren Fahrzeugen. Heute bewegt Opel uns, uns alle gemeinsam. Opel ist deutsche Geschichte; der Ascona, Kadett, Rekord, Manta, das sind alles Erinnerungsstücke an die Mobilität von gestern. Heute geht es aber um die Mobilität von morgen. Opel hat das Know-how, die Kompetenz, auch in Zukunft in einem verschärften weltweiten Wettbewerb der Automobilindustrie zu bestehen. Wir brauchen eine neue Generation von Autos, man könnte auch sagen, das Auto wird neu erfunden, sparsam und emissionsarm, gute Autos, die sich jeder leisten kann, nicht nur in Europa, sondern weltweit. Opel kann und Opel wird - davon bin ich fest überzeugt - dabei sein. Für die industrielle Struktur der Bundesrepublik ist die Automobilindustrie von zentraler Bedeutung - 200 Mrd. € Umsatz bei den Herstellern, 75 Mrd. € bei den Zulieferern. Die Automobilindustrie der Zukunft ist nicht irgendeine Branche für Deutschland, sie ist das Herzstück der industriellen Struktur in Deutschland.

Die Schlüsselfrage wird sein, wie die Automobilindustrie nach der Krise aussehen wird. Das, was wir jetzt brauchen, ist eine Sicherheit der Standorte in Deutschland. Was heute wegbricht, ist auf Dauer verloren. Wenn wir unsere industrielle Kompetenz preisgeben, dann lassen wir ein wirtschaftlich entkerntes Land zurück. Das ist die Gefahr, das wissen wir, glaube ich, alle. Deshalb ist gemeinsames Handeln der Unternehmen von Opel, der Betriebsräte, der Gewerkschaften sowieso, aber auch von uns,

der Politik erforderlich. Diese Chance gibt es und deshalb glaube ich, dass wir hier auf dem richtigen Weg im Hinblick auf die Ausführungen des Wirtschaftsministers sind. Die nächste Wachstumswelle, wenn es sie denn gibt, wird getragen werden von den Umwelttechnologien und damit auch gerade von klimaschonenden Automobilen. Das ist unsere Chance. Wir müssen der Ausrüster für die Welt und für die nächste Generation material- und rohstoffsparender, energieeffizienter Technologien sein, beim Auto insgesamt, in der Automobilindustrie und auch bei Opel. Wenn wir Opel retten wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir gemeinsam handeln. Einseitig Bedingungen zu diktieren, wird nach dem jetzigen Stand der Dinge wohl kaum zum Erfolg führen. Für eine Lösung, die wirklich trägt, brauchen wir Teamarbeit, das heißt, alle vier betroffenen Bundesländer, die gesamte Bundesregierung, darüber hinaus mindestens fünf europäische Länder am Tisch und nicht zuletzt die EU-Kommission und ganz zum Schluss vielleicht auch die Kooperation seitens der Regierung Obama in Washington. Klar ist, glaube ich, allen, das ist eine erneute Herkulesaufgabe, vor der wir stehen, um die Zukunft von Opel und um damit die Zukunft der Thüringer Industriestruktur zu retten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb das Signal aussenden aus dieser heutigen Plenumsdebatte, lassen Sie uns Seite an Seite kämpfen, nicht nur mit dem Verstand, auch mit dem Herzen, aber vor allem aus voller Überzeugung. Die Vorlage eines tragfähigen Konzepts, das GM nun auf den Tisch legen muss, ist dabei Voraussetzung. Opel hat das Potenzial für einen gesunden europäischen Automobilkonzern, beeindruckende Innovationskraft, hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erstklassige Produkte. Aber auch die besten Produkte brauchen einen Markt. Henry Ford wurde schon zitiert: „Autos kaufen keine Autos.“ Wer deshalb will, dass auch künftig viele Corsas oder andere Modelle aus Eisenach gekauft werden, der muss auch mit uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir das, was wir im Koalitionsvertrag definiert haben, zügig umsetzen, nämlich ein deutlich höheres Lohnniveau in Thüringen, damit diese Autos, die produziert werden, auch gekauft werden können. Tragfähige Strukturen für Opel heißt aber auch, keine Werkschließungen und keine betriebsbedingten Kündigungen. Das kostet harte Verhandlungen, mit Sicherheit Zeit, vielleicht aber auch neues Geld. Noch weiß niemand von uns, ob dieser Kampf, den wir gemeinsam zu führen haben an der Seite der Beschäftigten, erfolgreich sein wird. Ich bin aber sicher, die Landesregierung wird nicht zögern, alles in ihren Möglichkeiten zu tun. Die Zukunft von Opel ist eine Bewährungsprobe für den Industriestandort Deutschland und für den Industriestandort in Europa. Deshalb können sich die Kolleginnen und Kollegen von

Opel - und nehmt diese Botschaft bitte mit nach Eisenach -, aber auch in Deutschland insgesamt der Solidarität und der Unterstützung sicher sein und sich darauf verlassen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und unterstütze ausdrücklich den Verweis der Anträge und der Ergänzungsanträge an den Wirtschaftsausschuss. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Lemb. Es hat Abgeordneter Günther, CDU-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte mit einem Dank beginnen, mit einem Dank an die Landesregierung, an Herrn Minister Machnig für den Sofortbericht. Ich danke auch für die Einberufung der Sondersitzung, denn es war richtig und wichtig. Ich will es begründen, weil viel Bewegung in der Sache ist, nehme ich das gleich vorweg, auch meine Fraktion schließt sich den Anträgen an und beantragt die Überweisung zur Fortberatung aller Anträge an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, da man stündlich neue Erkenntnisse und neue Botschaften erhält.

Ich möchte aber auch einen zweiten Dank hier loswerden und klar zum Ausdruck bringen, dass seit Beginn der Debatte um die Probleme bei Opel es immer Chefsache gewesen ist bei der Landesregierung. Ich freue mich ausdrücklich, dass auch Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht erneut Opel zur persönlichen Chefsache erklärt hat. Wie wir heute im Sofortbericht hören konnten, trägt das Zusammenspiel im Kabinett wirklich gute Früchte. Ich bin außerordentlich dankbar, Herr Minister Machnig, über die eingerichtete Taskforce. Mir ist es eigentlich völlig gleich, in welchem Wahlprogramm das gestanden hat, es ist ganz einfach gut, dass wir es jetzt haben.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist mir einfach eingefallen.)

Genauso ist das.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Nachricht in der Nacht zum 4. November kam für uns alle sicher überraschend. GM will seine Opel-Tochter entgegen allen vorangegangenen Gesprächen und Vereinbarungen nun doch nicht hergeben oder verkaufen. Hierzu, meine Damen und Herren, erst einmal ein grundsätzlicher Standpunkt meiner Fraktion: Was hier von einem Konzern bei allem Verständnis zur Entscheidungsfindung - ich komme

dann noch dazu - in den letzten Monaten mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern veranstaltet wurde, wird von uns zutiefst verurteilt. Ein Jahr in Angst leben zu müssen, immer wieder Hoffnung zu haben, dann endlich das Licht am Ende des Tunnels zu sehen, auch und besonders durch eigenes Mittun wie Lohn- und Sonderzahlungsverzicht - ich erinnere an das Weihnachtsgeld, wir sind kurz davor - und dann vier Wochen vor Weihnachten das vermeintliche endgültige Aus, so geht man nicht mit Menschen um, basta.

(Beifall CDU)

Keine Angst, ich mache keine Basta-Politik.

Das ist bitter und kann und wird zu weiteren Verbitterungen in nicht wenigen Fällen führen. Stellt sich nun die Frage: Wie soll der Freistaat mit dieser Situation umgehen, welche Handlungsmöglichkeiten, welche Einflussnahmemöglichkeiten haben wir, wie soll sich Thüringen in dieser Situation verhalten und positionieren? Das ist die entscheidende Frage heute. Wobei eines sicher ist: Unsere Enttäuschung für den geplatzten Deal, wenn ich ihn mal so bezeichnen darf, darf nicht unsere Objektivität trüben. Es ist nicht das allgemeine Jammertal, in welches wir uns begeben sollten. Es gilt zu fragen, wie wir es schaffen, den Beschäftigten in Eisenach wirklich zu helfen. Die Solidarität meiner Fraktion ist auch bei den Beschäftigten, aber nur ein Plakat hochhalten, reicht hier schlicht und einfach nicht aus.

Da bin ich beim Thema und bei Ihrem Antrag, liebe Kollegen der Linkspartei. Ja, ich sagte es, wir bekennen unsere Solidarität mit dem Automobilstandort Eisenach und mit den Beschäftigten in der Automobilbranche sowie allen Zulieferern. Ziel der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Thüringen sollte wie bisher in jedem Fall der Erhalt des Automobilstandorts Eisenach und damit möglichst vieler Arbeitsplätze, nach Möglichkeit aller, in der Region sein.

Einen anderen Standpunkt haben wir schließlich auch nie eingenommen. Dabei ist es mir allerdings immer wieder wichtig, festzustellen, dass es uns um den Automobilstandort Eisenach in seiner Gesamtheit geht und nicht nur allein um den Opel-Standort Eisenach. Ich denke, das ist heute deutlich geworden, auch wenn wir heute als zentralen Punkt das Werk in Eisenach haben und das ist richtig und gut so.

Wie aber können wir die bestmögliche Hilfe erreichen? Grundsätzlich ist anzumerken, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften PwC und Warth & Klein sind übereinstimmend zu der Schlussfolgerung gekommen, dass die grundsätzliche Sanierungsfähigkeit im Fall Opel gegeben ist. Daher bestehen

für Sanierungskonzepte, basierend auf realistischen Markteinschätzungen, tragfähige Realisierungschancen und diese sollten dann auch unsere Unterstützung finden. Aber diese müssen auf den Tisch und werden von uns eingefordert. Da sind wir, denke ich, alle beieinander.

Ob die von Ihnen geforderte Haltung, wie in Ihrem Antrag geschrieben, GM jegliche Unterstützung zu versagen und bereits geflossene staatliche Mittel rigoros und ohne weitere Prüfung zurückzufordern, allerdings der richtige Weg ist, das sei dahingestellt. Es ist wohl eher eine Trotzreaktion - Sie haben das weitgehend relativiert, Herr Ramelow -, die den Opelanern mehr schaden als nützen würde, zumal die zugesagte Staatshilfe in Höhe von 4,5 Mrd. € überhaupt nicht an Magna gebunden war. Die staatlichen Zusagen im Falle einer Übernahme von Opel durch Magna durften auf Drängen der EU-Wettbewerbskommission nicht an einen bestimmten Bieter, sondern nur an Bedingungen im Sanierungskonzept gebunden werden. Ich persönlich kann Ihre Haltung diesbezüglich nur ablehnen, denn alles sollte möglich sein, um den Standort zu sichern, da auch jede andere Sanierung in einem vergleichsweise schwierigen Marktumfeld stattfinden würde. Das ist nun mal so.

Ich will es auch begründen. Der VDA rechnet in diesem und im nächsten Jahr mit weltweit sinkenden Absatzzahlen. Ein stärkerer Einbruch wird nur durch eine Stabilisierung des chinesischen und indischen Markts verhindert. Für den insbesondere für Opel relevanten westeuropäischen Markt rechnet der Verband mit stark sinkenden Absatzzahlen. Der für das Bieterkonsortium Magna bedeutende Markt in Russland wird in diesem Jahr, so wird prognostiziert, einen Absatzzrückgang von rund 49 Prozent zu verzeichnen haben. Das sind Fakten, die man nachlesen kann, und die müssen wir einfach akzeptieren.

Um den Beschäftigten effektiv zu helfen, müssen daher nach unserer Auffassung alle denkbaren Möglichkeiten durchgespielt werden. Es darf dabei keine Tabus geben. Lassen Sie uns deshalb im Ausschuss alle Möglichkeiten beleuchten und darüber reden. Dazu gehört natürlich auch das zweifelsohne zumindest für uns interessante Konzept einer Mietfabrik, wie von der Landesregierung in früheren Zeiten oftmals angesprochen. Auch darüber muss man reden. Dazu gehört aber auch das Nachdenken über staatliche Hilfen für GM, sofern nun endlich ein tragfähiges und vor allem Beschäftigung sicherndes Restrukturisierungskonzept vorgelegt wird, wozu wir in unserem Entschließungsantrag uns auch ganz klar bekennen. Wenn GM seine Opel-Tochter behalten möchte, ist das vorerst erst mal zu akzeptieren. Nicht zu akzeptieren ist das im Unklarenlassen der Beschäftigten, da sind wir wieder völlig beieinander.

Um es klar zu sagen: Glücklicherweise bin ich natürlich mit den derzeitigen Entwicklungen nicht. Es ist aber auch bei Weitem nicht so, als ob das Magna-Konzept das Allheilmittel und völlig risikofrei gewesen wäre. Ich habe es ja schon einmal versucht deutlich zu machen, zumal nach Einschätzung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften das Magna-Konzept von sehr positiven Marktentwicklungsannahmen geprägt war. PwC gelangt in seiner Sensibilitätsanalyse zu dem Schluss, dass Opel zwischen 2010 und 2014 rund 170.000 Einheiten weniger verkaufen werde als ursprünglich von Magna geplant, denn Chancen für das Überleben von Opel unter der Führung von Magna standen nicht unerhebliche Risiken gegenüber. Das gehört bei einer fairen Betrachtung einfach mit dazu. Wichtig ist jedenfalls, dass die Verhandlungen mit GM nicht alternativlos geführt werden und staatliche Hilfen, meine Damen und Herren, an Konzepte und nicht an einen Namen gebunden werden. Für uns muss die Sicherung der Beschäftigung und des Standorts entscheidendes, wirklich entscheidendes Förderkriterium sein. Weitere staatliche Hilfen kann es nur geben, wenn klar gesagt wird, wofür und für wen. Ich will es mal bildlich machen - ja, so habe ich es mir zumindest vorgestellt -, Opel ist nun mal ein Teil von GM und es ist wie im richtigen Leben, wenn ich einen Teil meines Grundstückes nicht verkaufen will, dann tue ich es eben nicht, auch wenn der Acker schlicht und einfach verwildert ist. Wenn ich aber den Acker neu bestellen will und dafür fremdes Geld beanspruche, muss ich schon sagen, was ich mit dem Geld machen will, und ich muss mich an die Bedingungen, die mir dann gestellt werden, halten, sonst ist der Acker weg.

Meiner Ansicht nach verdient ein schlüssiges Sanierungskonzept bei einer hinreichenden positiven Prognose für das Unternehmen die Unterstützung der Landesregierung. Gleichwohl ist die Tragfähigkeit kritisch zu hinterfragen. Demzufolge muss auch eine komplette Neuausrichtung in Betracht gezogen werden. Wir müssen Vorsorge treffen und ich will jetzt nicht vom Plan B reden, aber wir müssen Vorsorge treffen. Wir sollten Förderinstrumente zukünftig bündeln, um mittelfristig einen Innovationskern - Green-Motor, heute auch schon angesprochen - wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, möglicherweise am Standort Eisenach zu etablieren und den bloßen Montagestatus des Opelwerkes in Richtung technologischer Zukunftsperspektiven aufzuwerten. Dabei sind z.B. die Ressourcen der TU Ilmenau zu nutzen und gegebenenfalls neu zu profilieren sowie das Automobilcluster von einer einfachen Interessengemeinschaft in Richtung einer FuE-Koordinierungsstelle zu qualifizieren. Aber das muss man auch realistisch betrachten und kann nicht davon ausgehen, dass man das mit einem Knopfdruck erledigen kann. So etwas kann man nicht aus dem Boden stampfen. Opel Eisenach hält kein FuE-Personal,

aber gut qualifizierte und fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor, die hier mitziehen werden, wenn sie wissen, in welche Richtung sie ziehen sollen.

(Beifall DIE LINKE)

Das, meine Damen und Herren, sind keine Blütenträume, wie sie so vielfach formuliert wurden, sondern ein klares mittelfristiges strategisches Ziel, welches ich gemeinsam mit Ihnen, mit meiner Fraktion verfolgen möchte. Ich sage es gern noch einmal, zielgerichtete Forschung und Entwicklung neuer Technologien in Kooperation mit unseren Universitäten und Technologieunternehmen, ob nun unter dem Opelzeichen oder einem anderen, das sage ich auch, aber nutzen müssen wir es. Hier kann die Landesregierung mit Mitteln der Technologieförderung zur Seite stehen. Dies sollte in den Gesprächen mit GM durchaus Erwähnung finden und unsere Position sollte hier deutlich gemacht werden.

In diesem Sinne bin ich hoffnungsvoll, dass wir auch in den Ausschüssen die Anträge, die heute eingebracht worden sind, insbesondere auch der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - ich hatte ja gesagt, dass das auch unsere Vorstellung trifft -, und den von der FDP, hier gemeinsam beraten und hautnah am Thema dranbleiben. Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Günther. Habe ich das richtig verstanden, für die CDU-Fraktion alle Anträge an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit?

(Zuruf Abg. Günther, CDU: Ja, alle.)

Das Wort hat der Abgeordnete Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Günther, Sie haben davon gesprochen, dass die Entscheidung von GM überraschend kam. Ich sage, so ganz überraschend kann sie eigentlich nicht gekommen sein, denn in Wahrheit war das natürlich immer eine unter verschiedenen Optionen. Das war natürlich immer ein denkbare Szenario, völlig unabhängig von der Frage, ob man sich das nun gewünscht hat oder nicht, denn Sie haben es zu Recht gesagt in Ihrem Bild mit dem Acker, Opel gehört nun mal GM. Deswegen ist es Entscheidung zunächst einmal dieses Konzerns, was er mit seinem Besitz, mit seiner Toch-

ter entsprechend macht. Ein bisschen überraschend kam es natürlich trotzdem, weil man seitens GM in den letzten Monaten doch schon den Eindruck erweckt hat, ernsthaft Verkaufsabsichten zu haben, weil man sich ja doch schon sehr weit in diesen Verkaufsprozess eingelassen und ihn auch selbst sehr intensiv betrieben hat. Deshalb, bei aller Frage, das kann man dahingestellt sein lassen, ob es nun überraschend war oder nicht, ist es zunächst mal völlig klar und auch festzuhalten, dass es eine Frechheit ist gegenüber den eigenen Mitarbeitern und im Übrigen auch eine Zumutung gegenüber dem deutschen Steuerzahler, wie man sich an dieser Stelle verhalten hat, dass man über Wochen und Monate auf Zeit spielt, dass man Scheinlösungen verfolgt, die Mitarbeiter auch in einer Scheinsicherheit wiegt. So, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das sage ich auch und gerade als Liberaler, geht ein verantwortungsbewusster Unternehmer mit seinen Mitarbeitern schlicht und ergreifend nicht um.

(Beifall FDP)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es aus Sicht der FDP aber trotzdem so, dass alles, was jetzt passiert, der Sicherung des Standorts Eisenach dienen muss. Herr Minister, Sie haben gesagt, es ist das Ziel, dass Opel und Eisenach eine Zukunft haben. Ich sage auch als Thüringer: Es muss das Ziel der Thüringer Landesregierung sein, dass vor allem der Standort Eisenach eine Zukunft hat.

Nun hat uns der Kollege Ramelow einen sehr langen und beeindruckenden Vortrag hier gehalten - ich bin ja nur Naturwissenschaftler und kann das alles nicht so beim ersten Mal Hören gleich aufnehmen, ich lese das dann im Detail noch mal nach. Hängen geblieben ist, Herr Kollege Ramelow, dass Sie vor allem eine Staatsbeteiligung wollen, und Sie haben ja das Modell VW angesprochen. Es gibt auch andere Autobauer auf dieser Welt, die nicht nach dem Modell VW organisiert sind, die keine Staatsbeteiligungen haben und die trotzdem nicht die Probleme haben, die Opel hat. Deshalb ist es aus meiner Sicht ganz wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Probleme natürlich auch etwas mit einer Unternehmensstrategie zu tun haben, mit Produktentwicklungen. Es ist nicht die Schuld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den einzelnen Standorten, sondern das sind unternehmensstrategische Entscheidungen, die hier getroffen werden. Deshalb war es aus unserer Sicht immer wichtig - das möchte ich dann an dieser Stelle auch sagen -, dass die Zukunft von Opel nur mit einem Partner gesichert sein kann oder werden kann, der Erfahrung im Automobilbau hat und der auch bereit und übrigens auch in der Lage ist, das Unternehmen mit eigenem Risiko zu restrukturieren.

Nach der Entscheidung von GM fängt nun der Prozess wieder von vorn an und da ist auch mit Blick auf den deutschen Steuerzahler übrigens zunächst mal festzuhalten, dass der Brückenkredit am 30.11. natürlich zur Rückzahlung fällig wird. Das sind wir denen, die dieses Geld zur Verfügung gestellt haben, auch schuldig. Es ist ganz klar, dass mit der Entscheidung von GM, Opel nicht zu verkaufen, GM selbst natürlich auch ganz klar die Finanzierungsverantwortung für Opel übernommen hat. Das kann überhaupt keine Frage sein, da haben alle der Vorredner, die darauf hingewiesen haben, ganz klar recht.

Aber auch ansonsten, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist vor allem GM in der Pflicht. Es kann nicht richtig sein, dass der Staat Autos baut. Was anderes aber soll es denn werden, wenn wir Steuergelder, Geld unserer Bürgerinnen und Bürger dazu verwenden, ein Unternehmen zu erhalten, welches es ohne dieses Geld in dieser Form vielleicht gar nicht mehr geben würde. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht der deutsche Steuerzahler ist in der Pflicht, nicht die Bürgerinnen und Bürger, die in kleinen und mittleren Unternehmen jeden Tag um den Fortbestand ihrer Arbeitsplätze kämpfen, genauso wie das die Opelaner auch machen, und wegen deren Arbeitsplätzen aber übrigens niemand hier eine Sondersitzung beantragen oder Entschließungsanträge schreiben würde, diese Menschen sind nicht in der Pflicht, mit ihrem hart erarbeiteten Geld ein Unternehmen zu retten, welches nur den scheinbaren Vorteil hat, eine politikkritische Größe zu haben. GM, meine Damen und Herren, ist in der Pflicht, einen Restrukturierungsplan vorzulegen, einen Finanzierungsplan vorzulegen, ein schlüssiges Wirtschaftskonzept vorzulegen, wenn man denn staatliche Hilfe haben möchte. Da bin ich bei einigen der Vorredner, ganz besonders bei Ihnen, sehr verehrter Herr Kollege Günther, und ich bin an der Stelle wirklich gespannt, wie wir das, was Sie hier gesagt haben, in den Antrag, den Ihre Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner vorgelegt hat, dann im Ausschuss auch werden einarbeiten können. Darauf bin ich wirklich sehr gespannt. Genauso, wie es bei jedem anderen Antragsteller auch der Fall ist, der staatliche Hilfe haben will, müssen auf Grundlage dieser vorgelegten Konzepte die Prüfungen erfolgen und die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden, ob man dann in ein normales Bürgschaftsverfahren geht oder nicht. Das wird natürlich seine Zeit dauern. Ich sehe das auch mit Blick, Herr Minister, auf das, was Sie zur Einbindung der Belegschaft gesagt haben, durchaus skeptisch. Es ist nämlich weder den Ländern noch dem Bund zuzumuten, eine Sanierung zu unterstützen, die durch GM erfolgt und damit durch den Konzern, durch dessen falsches Handeln das Unternehmen über-

haupt erst in die wirtschaftliche Situation gekommen ist. Deshalb ergänze ich Sie, sehr geehrter Herr Minister, nicht nur die Konzepte sind entscheidend, sondern auch die Tatsache, dass ein dauerhafter Einstieg des Staates gerade nicht erfolgen darf, weil, Herr Kollege Ramelow,

(Beifall FDP)

es Aufgabe des Staates ist, Wirtschaftsförderung zu betreiben und eben nicht Wirtschaftsunternehmen selbst zu sein. Wir sind hier in Thüringen und in Deutschland und was in den USA für Entscheidungen gefällt werden, das ist an dieser Stelle weder unsere Zuständigkeit noch gerade Thema dieser Debatte. Da habe ich auch in Ihrem Antrag nichts davon gelesen.

(Beifall FDP)

Dass deutsches Steuergeld im Übrigen natürlich nicht in die USA abfließen darf, das versteht sich an der Stelle ja ganz von selbst.

Der Viability-Plan ist hier angesprochen worden. Ich möchte das deshalb zum Anlass nehmen, darauf hinzuweisen, dass es - ich habe gerade auf die Mitarbeiter hingewiesen - natürlich gerade wegen dieses Plans fraglich ist, ob diese Einbindung der Mitarbeiter überhaupt so möglich ist, denn die Abläufe, die sich in den letzten Wochen ergeben haben, dürften die Sympathie an der Stelle kaum erhöht haben. Wenn man sich noch mal vor Augen führt, dass auch in diesem Plan die Weiterexistenz von den Standorten Bochum und insbesondere auch Eisenach infrage gestellt ist, dann dürfte auch das die Verhandlungen mit dem Betriebsrat natürlich kaum vereinfachen.

Aus all diesen Gründen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und auch an Sie, sehr geehrter Herr Minister, aus all diesen Überlegungen sind wir zu unserem Antrag gekommen. Wir müssen anerkennen, dass Opel dem GM-Konzern gehört und dass dort Entscheidungen gefällt werden, die uns möglicherweise nicht gefallen. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, was passiert, wenn es doch anders kommt, als wir es uns wünschen.

Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben von der Taskforce gesprochen. Auch mir ist egal, in wessen Wahlprogramm die steht. Ich möchte nur nicht, dass die den Weg der vielen Kommissionen und Arbeitskreise - wir alle kennen den berühmten Spruch mit den Arbeitskreisen - geht. Nein, wenn wir so eine Taskforce denn schon auch nicht „Arbeitskreis“ nennen, dann soll sie auch etwas Vernünftiges bringen. Deshalb geht es hier nicht darum, eine Menükarte auf den Tisch zu legen - da sind wir uns doch alle

einig -, aber es geht darum, Sie haben es selber gesagt, Verhandlungspositionen zu stärken. Und dann, als Sie das gesagt haben, hatte ich schon die Hoffnung, dass man aus der Vergangenheit ein bisschen was gelernt hätte. Denn gerade diese einseitige Festlegung auf Magna, dieser Ausschluss jedes möglichen anderen Weges, war ein Punkt, der, glaube ich, nicht ganz unschuldig daran ist, dass wir jetzt in der Situation sind, in der wir sind. Gerade wenn man Verhandlungsoptionen haben will, ist es wichtig, einem potenziellen Partner zu signalisieren, ich bin nicht allein auf dich angewiesen, du bist nicht meine einzige Option. Wenn das anders wäre, hätte dieser potenzielle Partner auch ein gewisses Erpressungspotenzial und das, meine Damen und Herren, kann in so einem Verfahren, wenn man es dann auch noch Verhandlung nennt, natürlich nicht gewollt und im Sinne des Erfinders sein. Ich will mal sagen, bei jeder Dorfstraße, die wir bauen, holen wir uns mindestens zwei Angebote ein und bei einem Konzern, wo es um Milliarden von Staatsgeldern geht, sagen wir: Wir schließen jede andere Option aus und stürzen uns nur auf eine einzige Variante. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, freue ich mich sehr auf die Beratungen im Ausschuss, hoffe, dass das Wort gilt, dass kein Antrag den Landtag so verlässt, wie er eingebracht wird, und einer der Redner hat das gesagt und ein bisschen unterstellt, meine Damen und Herren, es geht eben nicht um eine Alternative zum Standort Eisenach, sondern es geht um eine Alternative für den Standort Eisenach. In diesem Sinne freue ich mich auf die Verhandlungen in den Ausschüssen und schließe mich ausdrücklich dem Antrag an, die vorliegenden Anträge an den Ausschuss zu überweisen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Herr Abgeordneter Barth, das war der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, ja? Gut. Das Wort hat die Abgeordnete Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass SPD, CDU und DIE LINKE unseren Antrag unterstützen, denn diese Krise muss eine Chance werden und es kann eine werden, wenn wir sagen, die Zukunft von Opel ist grün und unser Ergänzungsantrag deutet genau darauf hin, nicht im Sinne von politisch Grün, sondern im Sinne von zukunftsstechnologisch grün. Opel muss sich an die Spitze des technologischen Fortschritts stellen und das können wir auch schaffen. Wenn Opel Mobilitätsdienstleister werden kann, dann sind wir schon

einen Schritt weiter, dann kann GM nämlich gar nicht auf Opel verzichten. Wenn wir dahin kommen, ist Eisenach auch gesichert. Es kann also - und davon sind wir als GRÜNE überzeugt - nicht einfach ein Weiterso geben. So schön, wie das ist, wenn wir hier alle Solidaritätsbekundungen von uns geben, es genügt z.B. nicht, wenn man im Koalitionsvertrag etwas von einem „grünen Motor“ schreibt, den muss man ausgestalten. Ein erster Schritt ist das, was Minister Machnig heute sagte, die Taskforce; sie ist kritisiert und für gut befunden oder für nicht so gut befunden worden. Es ist ein erster Schritt und wir begrüßen das auch.

Ein Aspekt ist mir besonders wichtig: Die Krise der Automobilindustrie insgesamt ist nicht nur eine konjunkturelle Delle, die aus dem Nichts gekommen ist. Wir müssen angesichts von Tausenden gefährdeten Arbeitsplätzen ernsthaft darüber debattieren, dass das Ganze einen globalen Kontext hat. Ich meine auf der einen Seite GM, ich meine auf der anderen Seite aber Dinge, die uns immer wieder einholen werden, das sind steigende Rohstoffpreise, das sind endliche Ressourcen und viele andere Sachen. Das muss sich inzwischen auch bis Thüringen herumgesprochen haben. Ich denke, das ist so und deswegen freue ich mich umso mehr, dass dieser Aspekt heute zum Teil in einigen Reden angesprochen worden ist. Ich war heute in Eisenach und habe mit Harald Lieske gesprochen. Der erste Satz, den er bei unserem Gespräch sagte, war: Alles ist wieder offen, die Zukunft ist offen, was GM macht, ist offen. Viele von unseren Mitarbeitern zittern ihrem nächsten Arbeitstag entgegen. Einige sind besonders betroffen und stehen unter einem gewaltigen Druck. Das heißt, dass es auch unsere Verantwortung ist, diesen Druck von den Leuten zu nehmen und allen, die dort arbeiten, zu signalisieren: Wir stehen im Schulterschluss hinter euch und unterstützen Eisenach. Das ist wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir nicht wollen, ist, dass wir heute hier - das ist schon mehrfach gesagt worden - über einen Plan B diskutieren, weil das das Ende wäre; das kann es nicht geben. Wir müssen eindeutig sagen, der Schulterschluss ist uns wichtig und nicht, dass wir bereits Alternativen aufzeigen, denn dann gerät Opel ins Hintertreffen. Entscheidend ist auch, dass sich GM bewegt. Das ist deutlich geworden in vielen Redebeiträgen, aber - und da hat Opel die entscheidende Chance - wenn Opel dahin kommt, Autos zu bauen, die von den Menschen natürlich gekauft werden, weil sie sparsam und effizient sind, dann macht sich Opel unverzichtbar. Der Ampera ist heute kurz genannt worden - das ist genau das, was wir brauchen. Der Corsa ist schön und gut, der Ampera muss, wenn es irgendwie geht, nach Eisenach kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir und vielleicht auch ganz viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen dieses Auto dann auch fahren und nicht nur hier stehen und reden, sondern sich dann auch irgendwie damit anfreunden können, dass die Zukunft unserer Mobilität anders aussieht als übrigens der Manta, der vorhin genannt wurde. Die Geschichte von Opel ist hoffentlich nicht nur Manta, sondern mehr. Das zum Thema Verantwortung seitens der Wirtschaftspolitik, das zum Thema unsere Verantwortung hier.

Wir möchten, dass die Unterstützung für Opel auch an bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Dazu gehört, dass man z.B. sagt, wenn man sich für ein Kompetenzzentrum einsetzen kann, was dort in dieser Region sitzt und viele verschiedene Cluster zusammenführt, dann ist das eine sinnvolle Lösung. Wir müssen uns auch dafür einsetzen, darüber nachzudenken, wie das mit dieser Aktiengesellschaft laufen kann. Wir müssen uns auch einsetzen dafür, dass Innovationspotenzial in Eisenach zu Opel fließt und zurück, und wir müssen uns auch einsetzen für Mitspracherechte, denn dass diese Krise einmal überwunden ist, heißt nicht, dass sie nicht noch einmal kommen kann und dass es Opel noch einmal treffen könnte.

Ich komme noch mal kurz auf den grünen Motor zurück. Jetzt steht er im Koalitionsvertrag; wir werden ihn oft bemühen können. Ich denke, dass heute ein guter Tag ist und ein guter Punkt, um zu sagen, wir wollen ihn auch mit Leben füllen, zum einen mit Solidaritätsbekundungen, zum anderen, indem wir sagen, Thüringen bewegt sich, Thüringen steht hinter Opel. Ich glaube, dass heute die Debatte ein guter Anfang dafür ist. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ich frage in die Reihen der Fraktionen: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht. Doch. Bitte schön, Herr Abgeordneter Bergemann.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Opelner, ich wollte nur ein paar wenige Bemerkungen machen, weil im Endeffekt ja schon fast alles gesagt ist.

(Beifall im Hause)

Aber, lieber Herr Barth, Sie habe ich in Eisenach nicht gesehen vorige Woche. Fünf vor zwölf gab es Kollegen, die hier sitzen, und wir waren vor Ort, um natürlich auch das Stück Solidarität zu zeigen gemeinsam mit der Belegschaft, mit den Gewerkschaften, vor allen Dingen aber auch mit den Zulieferern. Das ist mir auch ein ganz wichtiger, entscheidender Punkt. Kollege Ramelow hat ja dankenswerterweise noch mal darauf hingewiesen, denn wer dort vor Ort ist, das wissen wir ganz genau im Umfeld, die dort wohnen, die dort leben und arbeiten, da hängt mehr daran als nur die Opelaner. Das geht bis zur Versorgung, bis zu den wirtschaftlich kleinen Unternehmen, den Mittelständlern, Gewerbetreibenden, die alle dranhängen. Deshalb geht es mir eigentlich darum, dieses Augenmerk auch noch mal ein Stückchen dorthin zu lenken.

(Beifall CDU)

Wichtig scheint mir auch - und das, glaube ich, hat auch Harald Lieske mehrfach in der Öffentlichkeit betont -, wie wichtig der Kontakt ist zur Landesregierung, zu den Betriebsräten. Das sage ich auch zu den Gewerkschaften, hier Flagge zu zeigen und zusammenzustehen. Es geht einfach darum - Herr Machnig hat es, glaube ich, gesagt -, dass das auseinanderdividieren der Länder an keiner Stelle passieren darf. Nichts wäre schlimmer, als wenn jetzt angefangen wird, Standorte gegeneinander auszuspielen. Ich habe einfach die Bitte auch an die Landesregierung, wachsam zu sein, weil nämlich im Blick auf die EU-Wettbewerbskommission man schon, wenn man die Restrukturierungspläne anschaut und weiß, wie die Spanier und die Belgier sich dort geäußert haben, einfach einen Blick darauf zu werfen, dass das jetzt nicht passiert, auch auf der Ebene unterschiedliche Meinungen ins Vordergrund zu schieben, sondern dass man hier auch versucht - Verheugen hat das ja ziemlich deutlich gemacht -, auch in der Strategie klarzumachen. Es wird natürlich immer schwerfallen, da können wir reden, wie wir wollen, wir wissen genau, welche Unterstützung Magna zugesagt worden ist, einem Konzern wie GM, der jetzt im Rennen ist, das ist die Realität, das zu verweigern und zu sagen, nein, das geht nicht. Das wird nicht ganz so einfach sein, darauf muss man ein Auge werfen. Ich glaube aber, das wird passieren, weil auch die Ministerpräsidentin - soweit es mir auch bekannt ist und man merkt es ja auch selber - immer den direkten Draht hat zu den Kollegen in Rheinland-Pfalz, in Hessen und in NRW und immer mit ihnen im engsten Kontakt steht, weil - das hat Kollege Günther gesagt - stündlich und minütlich gibt es neue Meldungen und jetzt dort dabei zu sein, um natürlich auch zu wissen, was kommt auf uns zu.

Wolfgang Lemb hat vorhin das Beispiel gebracht über die Zukunftsfähigkeit. Du hast da, glaube ich, noch mal die Nischenfahrzeuge, die Motoren angesprochen und, was mir so ein bisschen auffiel, auch der Vorteil, vor allen Dingen der Abbau von Entwicklungskapazitäten. Da muss ich sagen, danke noch mal an die Kollegen von Opel. Über Jahre - wer das mitverfolgt hat - Innovation, Technologie, Teamfähigkeit, all die Dinge, die klugen Gedanken, die in Eisenach dort geboren und von dort transferiert worden sind in die Werke nach Europa; viele haben ja von den Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen dort gelebt in anderen Standorten, sie sind übernommen worden. Ich glaube, das kann und sollte auch Beispiel sein für die Wichtigkeit unseres Standorts in Eisenach. Wer die Frage der Personalentwicklung kennt, da brauchen wir uns nichts vorzumachen, beide Interessenten hatten natürlich Personalabbau vor, das ist schlimm genug an der Stelle, aber die Abbauzahlen von allen Investoren und auch von GM waren in etwa gleich, nur die Unterschiede waren andere, die Herangehensweise, an welcher Stelle will ich abbauen, an welcher Stelle nicht. Da gab es ganz klare Optionen von Magna, im Bereich des Managements sollten etwa 1.500 Stellen abgebaut werden, während die GM-Leute nur 500 Stellen abbauen wollten. Aber im Entwicklungsbereich wollte GM auch 500 Stellen abbauen, während Magna gesagt hat, in dem Bereich müssen wir versuchen, neue Wege zu gehen. Gerade das war der Punkt für Eisenach, an der Stelle zu sagen, das sind unsere Chancen, das sind unsere Hoffnungen. Da wird der Unterschied schon deutlich. Da bitte ich darum, dass man das im Auge behält.

Zur Wettbewerbskommission habe ich was gesagt. Die wichtigste Frage ist die: Gelingt es uns, über die Arbeitnehmervertretungen den Kontakt zu halten, und gelingt es uns hier in Thüringen - und da bin ich sehr dankbar dafür, dass wir fraktionsübergreifend dieses Thema hier bearbeiten in den Ausschüssen -, dann auch die entsprechenden Richtungen zu geben, wenn wir wissen, wo die Reise hingeht? Das ist ja heute noch schwierig. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bergemann. Es liegt eine weitere Wortmeldung vor von der Abgeordneten Doht.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben gestern den 9. November begangen als den Tag, an dem vor 20 Jahren die Mauer gefallen ist.

An vielen Orten hier in Thüringen wurde daran gedacht, wurde gefeiert. In Berlin wurde mit einem großen Festakt gefeiert.

Ich glaube, vielen Opel-Mitarbeitern, aber auch vielen anderen Eisenacherinnen und Eisenachern war gestern nicht so sehr zum Feiern zumute, sondern sie haben sich eher 20 Jahre zurückversetzt in die Zeit, als der große Freudentaumel nach der Grenzöffnung vorbei war und mit dem Automobilwerk Eisenach der erste Großbetrieb hier in den neuen Bundesländern durch die Treuhand liquidiert wurde. Mit einem Schlag standen im Automobilwerk Eisenach selbst 10.000 Arbeitskräfte auf der Straße, in der Region betraf es 50.000 Arbeitskräfte in den Zulieferfirmen, die direkt oder indirekt vom AWE abhängig waren. Mein Kollege Heiko Gentzel und ich, wir haben das selber erlebt, die Situation, als der letzte Wartburg vom Band lief und erwachsene Männer ihre Tränen nicht verbergen konnten.

Es ist schlimm, dass wir heute, 20 Jahre nach der Wende, wieder in dieser Situation sind, dass die Arbeitskräfte bei Opel, die Mitarbeiter, seit einem Jahr eine Hängepartie haben und jetzt, vier Wochen vor Weihnachten, wieder alles offen ist. Insofern kann man nur zornig und wütend sein, wie das hier gelaufen ist.

Mit der Investition Opel gab es wieder Hoffnung in der Region. Viele waren da, haben das Opel-Werk als eines der modernsten in Deutschland, in Europa gepriesen. Aber dieses modernste Opel-Werk hat einen Nachteil, es ist das Werk mit der geringsten Fertigungstiefe. Wir in Eisenach sind von anderen Opel-Zulieferwerken abhängig, von uns ist niemand abhängig. Darin besteht die große Gefahr in der jetzigen Situation. Wenn man sich all die Konzepte anschaut und das, was GM in der Vergangenheit verkündet hat, dann besteht hier schon die reelle Gefahr, dass es insbesondere Eisenach stark treffen wird. Die 10.000 Arbeitsplätze, die abgebaut werden sollen, waren ja erst gestern wieder in der Presse und sind auch bestätigt worden.

Herr Barth, die Festlegung auf Magna - jetzt ist er leider nicht da, um mir zuzuhören - war letztendlich keine einseitige Festlegung, weil man unbedingt aus irgendwelchen ideologischen Gründen Magna haben wollte, sondern das Konzept von Magna war das, welches die beste Garantie für das Fortbestehen der Opel-Werke in Deutschland bot und für Eisenach letztendlich sogar bedeutet hätte, dass man weggekommen wäre von der reinen Werkbank, sondern hier auch in Sachen Entwicklung sich einiges hätte tun können. Es war auch nicht so, dass man letztendlich zig Bewerber hatte. Es gab das Konzept von Magna, es gab das Konzept von Ripplewood, welches letztendlich vorgesehen hätte, Opel Eisenach

zwei Jahre zu schließen. Es braucht sich doch niemand etwas vorzumachen, eine zweijährige Schließung hätte bedeutet, dass das Werk weg ist vom Fenster. Nach zwei Jahren würde es nicht wieder aufgemacht werden. So ehrlich müssen wir zueinander sein. Es gab Fiat, die aber letztendlich in der Vergangenheit auch nicht die besten Erfahrungen bei den Opel-Werkern hinterlassen haben.

Heute stehen wir wieder am Anfang, letztendlich am Punkt null. Da muss ich aber eins noch mal sagen: Nach den gestrigen Feiern zum Mauerfall, ich habe es erwähnt, in Berlin, wenn dort Vertreter der amerikanischen Regierung sind, wenn Präsident Obama selbst eine Grußbotschaft sendet, dann sage ich, dann ist die Bundesregierung auch in der Pflicht, auf die Situation hier im Land hinzuweisen, dass es hier Menschen gibt, denen nicht zum Feiern zumute ist. Eines müsste doch zumindest unter Freunden durchzusetzen sein - und es ist hier schon erwähnt worden, dass GM in den USA inzwischen zu zwei Dritteln in staatlicher Hand ist -, nämlich die Forderung, dass man uns jetzt schnellstens ein Konzept auf den Tisch legt, über das wir reden können. Ich sage sehr deutlich, wir müssen hier zusammenstehen, wir müssen für Opel kämpfen, für alle Opel-Standorte, nicht für einen allein, sondern für alle in Deutschland und europaweit. Aber wir können natürlich, ohne dass wir wissen, was GM vorhat, auch nicht sagen, wir bieten euch jetzt Geld an, dies und jenes. Hier ist GM am Zug, und zwar schnellstens.

Ich hoffe, dass wir diese Einigkeit und Solidarität, die zurzeit besteht, durchhalten auf der Ebene Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat, auch europäischer Betriebsrat, auf der Ebene der Länder, parteiübergreifend, auf der Ebene der Oberbürgermeister der Opel-Standorte, denn das Schlimmste wäre, wenn wir uns jetzt auseinanderdividieren lassen. Darauf wartet GM nur, dann geht es nach dem Motto „teile und herrsche“. Dann wird das passieren, was Ferdinand Dudenhöffer befürchtet, nämlich dass Opel hier in Deutschland einen langsamen Tod sterben wird. Das wollen wir alle nicht, deswegen lasst uns hier zusammenstehen, das ist noch einmal mein Appell. Ich bin mir sicher, die Landesregierung wird, wenn ein Konzept von GM auf dem Tisch liegt, das Nötige tun, um für den Erhalt der Arbeitsplätze in Eisenach zu kämpfen, aber wir müssen genauso für den Erhalt der Arbeitsplätze in Bochum, Rüsselsheim, Kaiserslautern oder Saragossa stehen, denn nur gemeinsam - Europa gegen GM - werden wir eine Chance haben. Dann wird es vielleicht auch gelingen, eine größere Selbstständigkeit vom Mutterkonzern zu erlangen, was die Folge hätte, dass wir vielleicht dann nicht in 20 Jahren wieder über die gleichen Probleme reden. Wir brauchen endlich Sicherheit in der Region, wir brauchen die Sicherheit

für die Beschäftigten, wir brauchen aber die Sicherheit auch für die gesamte Region, denn es hängt mehr dran als nur die Arbeitsplätze bei Opel, es hängen die Zulieferer dran, es hängt die gesamte Infrastruktur in der Region bis zum letzten Bäckerladen dran.

In diesem Sinne lassen Sie uns das Ziel gemeinsam verfolgen, dass Opel wieder zu einer starken Marke in Deutschland wird und damit auch zu einem starken Standort in Eisenach.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Doht. Es hat Frau Abgeordnete Wolf, Fraktion DIE LINKE, um das Wort gebeten.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von Opel, keine Angst, ich möchte nicht all das wiederholen, was schon Richtiges und Wichtiges gesagt wurde, sondern in aller gebotenen Kürze noch einige Gedanken sagen.

Frau Doht, man muss nicht so weit zurückblicken, um weinende Männer in Erinnerung zu rufen. Ich habe sie letzte Woche vor dem Opel-Werk gesehen. Ich sage das in aller Betroffenheit, denn das ging mir ganz tief durch. Wenn man sieht, was den Beschäftigten im letzten Jahr angetan wurde, dann sage ich ganz klar, das ist für mich Psychoterror. Das Hin und Her, was an dieser Stelle an Nervenkrieg gespielt wurde, ging auf keine Kuhhaut

(Beifall DIE LINKE)

und ist zusammengefasst in den Worten von Harald Lieske auf der Demonstration letzte Woche: „Eigentlich müsste man als Mitarbeiter von Opel für das letzte Jahr Schmerzensgeld bekommen.“

Wir wissen um die Situation unter den Beschäftigten. Wir wissen, dass das Misstrauen gegenüber GM ein ganz tiefes ist, das Misstrauen gegenüber dem Wasserkopf in Detroit, aber auch das Misstrauen gegenüber den Männern, die offensichtlich keine Ahnung von Autobau haben und das auch ganz offen zugeben, und das Misstrauen den Taschenspielertricks gegenüber. Ich will an dieser Stelle einfach sagen, wir waren oft zu Gesprächen im Werk, wir stehen hinter dem Werk. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es nötig ist, stehen wir auch meinetwegen jede Woche vor eurem Werk.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist ganz klar, Eisenach braucht den Automobilbau und Eisenach braucht Opel.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Gibt es weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten? Das sehe ich nicht. Die Ministerpräsidentin hat um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Lieberknecht, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Opel Eisenach, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, diese Sondersitzung des Thüringer Landtags zur Sicherung des Opelstandortes Eisenach sollte nicht zu Ende gehen, ohne dass auch die Regierungschefin dieses Landes noch einmal zum Abschluss das Wort ergreift und damit den Bogen schließt, den Kreis zum Anfang dieser Debatte zum Sofortbericht der Landesregierung von unserem Wirtschaftsminister Matthias Machnig, von dem ich jedes Wort unterstreiche - das will ich ganz deutlich sagen -, und deutlich macht, Opel Eisenach, alle vier Standorte von Opel in Deutschland, Opel in Europa, das ist letztlich das startbegleitende Thema dieser Landesregierung schlechthin vom ersten Tag an; operativ, politisch, pragmatisch zum Handeln gedrängt und wir haben vom ersten Moment an gehandelt. Wir waren vom ersten Moment an im Gespräch. Ich denke, diese Chronologie kann ich auch noch einmal kurz vor diesem Parlament, vor Ihnen als Damen und Herren Abgeordnete, skizzieren, wie nahtlos es ging, als am Abend des 3. November der noch geschäftsführend im Amt befindliche Wirtschaftsminister Jürgen Reinholz mich unterrichtete. Es war so etwa 22.30 Uhr, wenige Minuten nach der Entscheidung von Detroit. Mein Amtsvorgänger als Ministerpräsident, Dieter Althaus, auf der Ministerpräsidentenkonferenz noch geschäftsführend im Amt, hatte zusammen mit Kurt Beck, Roland Koch und Jürgen Rüttgers die Bundeskanzlerin unmittelbar kontaktiert. Am nächsten Morgen, am Tag der Ernennung des neuen Kabinetts und der Vereidigung, haben dann die Ministerpräsidenten ab 7.00 Uhr im Grunde deutschlandweit die Rundfunkinterviews geführt, die auch von uns zu bestreiten waren. Um 8.00 Uhr hatte ich mit den Ministerpräsidenten der anderen betroffenen Länder die Schaltkonferenz, nahtlos von Jürgen Reinholz begleitet, der dann auch sofort am nächsten Tag an Matthias Machnig als Wirtschaftsminister für diese Landesregierung übergeben hat.

Gemeinsam auch mit Kolleginnen und Kollegen des Parlaments in Eisenach hat er bei der Belegschaft vor Ort klar Position bezogen in unmittelbarem Schulterschluss, aber auch in der Klarheit der Gedanken dessen, was jetzt zu tun ist in aller Unklarheit der Situation, in der wir nach wie vor sind, wo wir umso deutlicher unsere Stimme erheben und auch unseren Appell senden müssen. Ich selbst war als Ministerpräsidentin dann am Abend in Berlin unmittelbar mit den betroffenen Kollegen Rüttgers, Beck und Koch, mit dem Bundeswirtschaftsminister Herrn Brüderle und auch mit dem Kanzleramtsminister Herrn Pofalla, um auch dort noch einmal zu demonstrieren: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren. Die deutschen Länder mit Opelstandorten haben nur gemeinsam eine Chance in Verbindung mit der Bundesregierung, die wir aber auch klar in die Pflicht nehmen. Die Kette der weiteren Ereignisse ist ja nicht abgerissen. Wir waren mit der Geschäftsleitung, mit dem Betriebsrat dann am Freitag in der Staatskanzlei und haben uns auch am Wochenende mehrfach kontaktiert, insbesondere auch mit den Hessen. Fritz Henderson ist ja seit Montag, seit gestern in Rüsselsheim und hatte auch ein Gespräch unmittelbar kurz mit Roland Koch. Mit meinen Kollegen hatte ich heute früh wieder die Verbindung und auch - das will ich nicht vorenthalten - ein Gespräch mit Klaus Franz in Rüsselsheim. Danach kam jetzt die Bekräftigung via Pressemeldung von Fritz Henderson, dass Opel in Europa wieder zu alter Stärke geführt werden solle mit einem hohen Maß an Unabhängigkeit und Eigenständigkeit innerhalb des GM-Konzerns. Diese Aussage sollten und müssen wir beim Wort nehmen. Deswegen bin ich allen Fraktionen, allen Rednern der Fraktionen hier im Thüringer Landtag, ob als Fraktionsvorsitzende, ob als wirtschaftspolitische Sprecher oder als Betroffene unmittelbar aus dem Wahlkreis, sehr dankbar dafür, dass diese Debatte von Ihnen allen geführt worden ist und wie sie geführt worden ist, weil Einigkeit im Ziel und Einigkeit auch im Umgang in dieser Frage deutlich geworden ist. Das ist wichtig bei allen Unterschieden, die es dann auch im Detail und vielleicht auch in ganz grundlegenden wirtschaftspolitischen Einschätzungen gibt. Diese Einigkeit im Umgang miteinander, dass wir hier konstruktiv um unseren Beitrag und den bestmöglichen Beitrag miteinander ringen wollen in Akzeptanz auch der jeweiligen Positionen, mit denen wir uns dann auseinandersetzen, und dass dafür der Ausschuss der richtige Ort ist, das ist deutlich geworden in dieser Debatte. Selbstverständlich werden wir als Landesregierung über den federführenden Wirtschaftsminister, aber auch über diese Taskforce, die wir heute im Kabinett beschlossen haben, diese Beratung auch im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit des Thüringer Landtags entsprechend begleiten. Daher, meine ich, ohne die Details zu wiederholen, war es sehr sinnvoll, sehr

richtig auch genau zu diesem Zeitpunkt, damit sich Fritz Henderson in Rüsselsheim, aber auch Klaus Franz über die deutschen Standorte noch einmal eine Meinung bilden, Botschaften aufnehmen, die dann auch in Detroit tragen müssen. Da denke ich, das ist wichtig und da, meine ich, ist die Botschaft auch hier aus dem Thüringer Landtag eindeutig. Neben allem Engagement der Landesregierung, für das Sie uns auch in die Pflicht nehmen als Parlament - völlig zu Recht - haben wir hier an vorderster Front gegenüber der Bundesregierung unsere Interessen, die Interessen des Opel-Standorts Eisenach im Schulterschluss auch mit den anderen Ministerpräsidenten, mit den anderen Landesregierungen zu vertreten. Das tun wir auch, das tun wir fast täglich in den Gesprächen. Wir haben ganz deutlich gerade von Thüringen aus - ich habe das auch noch einmal mit meinen Kollegen kommuniziert - noch einmal die Forderung aufgemacht, die Länder noch unmittelbarer auch an den Tisch der Bundesregierung zu nehmen.

Aber ich sage, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt bringe ich doch noch einen Gedanken, den noch keiner ausgesprochen hat nach all dem, was gesagt worden ist: Auch die Bundesregierung hat ihr Parlament und ich habe ganz bewusst einen Bundestagsabgeordneten der Region auch angesprochen und habe gesagt: Wir für Eisenach. Aber wo sind die Kolleginnen und Kollegen auch des Deutschen Bundestags für Bochum, für Kaiserslautern, für Rüsselsheim? Denn, ich denke, auch diese Begleitung tut der Bundesregierung, dem Bundeswirtschaftsminister, aber auch der Bundesregierung in Gänze gut. Ich erwarte jetzt, dass unsere Bundestagsabgeordneten das auch wahrnehmen im Blick auf die Pflicht, die auch ihnen aus ihren jeweiligen Wahlkreisen erwächst.

(Beifall CDU)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Botschaft ist klar, wir bleiben im engsten konstruktiven Dialog und ich finde, das war ein hervorragender - im Umgang einfach auch - Ausdruck der Handlungsfähigkeit dieser Koalition, dass wir sagen, nach der Empörung vom 3., 4. und 5. November ist jetzt wirklich auch die Zeit der konstruktiven Annahme der Herausforderung, die uns gegeben ist, gefolgt, und zwar, sage ich, klar in der Diktion, unmissverständlich im Handeln und weiter solidarisch mit allen Betroffenen jetzt die richtigen Schritte für eine bleibende Zukunft für Opel in Eisenach, aber auch die anderen Standorte zu setzen. Wir haben mit dieser Debatte eine wichtige Weichenstellung für heute erreicht. Deswegen herzlichen Dank Ihnen allen und bleiben Sie so konstruktiv in den Beratungen, die wir dann auch im Ausschuss miteinander führen werden. Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine erste Frage: Erhebt sich Widerspruch zur Erfüllung des Berichtsersuchens? Ich sehe das nicht. Dann gehe ich davon aus, dass Sie den Sofortbericht auch als Grundlage in den Ausschussberatungen mitberaten wollen?

Wir kommen zur Abstimmung der Anträge. Abstimmung zu den Anträgen Nummer 1 und 3 des Antrags der Fraktion DIE LINKE und des Änderungsantrags in Drucksache 5/62 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hier ist beantragt worden die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit von der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dafür, diesen Änderungsantrag und den Antrag der Fraktion DIE LINKE in den Punkten 1 und 3 im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu beraten, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Ich sehe keine Gegenstimmen, damit ist das einstimmig so beschlossen.

Die Fraktion DIE LINKE hat ebenfalls beantragt, diesen Antrag, ihren Antrag und den Änderungsantrag im Haushalts- und Finanzausschuss zu beraten. Wer ist dafür, dass diese Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss beraten werden, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt. Der Antrag wird also im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit beraten.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD in Verbindung mit dem Änderungsantrag in Drucksache 5/63 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hier ist beantragt worden von CDU, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, diese im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu behandeln. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, dann ist das einstimmig so beschlossen.

Auch hier hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, diesen im Haushalts- und Finanzausschuss zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag zur Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zum Entschließungsantrag der Fraktion der FDP. Hier haben alle Fraktionen die Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Wenige Enthaltungen. Damit ist beschlossen, dass dieser Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit beraten wird.

Dann sind wir mit den Abstimmungen so weit am Ende. Ich schließe den Tagesordnungspunkt, ich schließe die Sondersitzung und lade Sie zur planmäßigen Plenarsitzung am 19. und 20. November nächste Woche ein. Auf Wiedersehen.

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr